

DAS HAAGER KRIEGSVERBRECHERTRIBUNAL UND DIE VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG IN DEN LÄNDERN DES EHEMALIGEN JUGOSLAWIENS

Henri Bohnet / Anja Czymmeck / Michael A. Lange / Sabina Wölkner

Der Zerfall Jugoslawiens in den Jahren 1991 bis 1999 war von blutigen Kriegen geprägt, die die ehemaligen Brüdernationen von Titos Vielvölkerstaat zu erbitterten Kriegsgegnern werden ließen. Noch heute belasten die Folgen der Konflikte die demokratische Entwicklung in der Mehrzahl der jugoslawischen Nachfolgestaaten und die Beziehungen der Staaten untereinander. Völkermord, Vertreibungen, Erschießungen und Zerstörungen: jede Nation hat heute ein sich oft deutlich von den Nachbarn unterscheidendes Verständnis über Ursache und Verursacher der Konflikte und der einzelnen Kriegsverbrechen. Die eigene Rolle im Krieg wird in vielen Fällen glorifiziert und gerechtfertigt als notwendiger Befreiungskampf für die nationale Selbstständigkeit. Bosniaken, Kroaten und Serben verstehen sich in diesem Sinne als Sieger und Opfer gleichermaßen. So ist es schwierig, einen selbstkritischen Dialog über die Kriegsvergangenheit zu führen. Eine Journalistin brachte das Dilemma auf den Punkt: „Wir wollen alle Versöhnung, aber keiner will Verantwortung übernehmen!“¹

Die Untersuchung und Aufarbeitung eigener Verbrechen erfolgt vor diesem Hintergrund nur unter großem Widerstand der Bevölkerung. Die von allen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens angestrebte Mitgliedschaft in der Europäischen



Henri Bohnet leitet das Auslandsbüro der KAS in Belgrad.



Anja Czymmeck leitet das Auslandsbüro der KAS in Skopje.



Dr. Michael A. Lange leitet das Auslandsbüro der KAS in Zagreb.



Sabina Wölkner leitet das Auslandsbüro der KAS in Sarajevo.

1 | Duška Jurišić, führende Redakteurin bei der Wochenzeitschrift *Dani*, bei einer Diskussionsveranstaltung der *Deutschen Welle* über Religionen in Bosnien und Herzegowina, Sarajevo, 10/2011.

Union, bislang lediglich Realität für Slowenien und voraussichtlich von Juli dieses Jahres an für Kroatien, kann jedoch nur durch eine regionale Aussöhnung auf der Basis einer umfassenden Vergangenheitsaufarbeitung erreicht werden. Denn gutnachbarschaftliche Beziehungen sind eines der Beitrittskriterien.

Die volle Kooperation der jugoslawischen Nachfolgestaaten mit dem internationalen Kriegsverbrechertribunal ist dabei für die EU-Mitgliedschaft ein notwendiger Schritt für alle ehemaligen Kriegsparteien. Zwanzig Jahre nach der Errichtung des Kriegsverbrechertribunals für Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, kurz,

ICTY) in Den Haag besteht kein Zweifel, welche zentrale Rolle dieses bei der Verfolgung der wichtigsten Kriegsverbrecher und der Dokumentation von Kriegsverbrechen spielt, um eine unabhängige Darstellung über Ursache und Verlauf der Kriege zu ermitteln und

Der Internationale Strafgerichtshof spielt eine zentrale Rolle, um eine unabhängige Darstellung der Kriege zu ermitteln und eine weitgehend objektive Geschichtsschreibung zu ermöglichen.

letztendlich eine wünschenswerte, weitgehend objektive Geschichtsschreibung zu ermöglichen. Als erstes internationales Tribunal nach den Kriegsverbrecherprozessen von Nürnberg und Tokio nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Arbeit des ICTY mittlerweile der Errichtung anderer regionaler und internationaler Strafgerichte den Weg bereitet.

In der Region des westlichen Balkans stehen nach der Auslieferung der lange gesuchten Angeklagten Ratko Mladić und Goran Hadžić 2011 an Den Haag die Verfahren selbst und schließlich die unlängst gefällten und die noch zu erwartenden Urteile im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.² Die jüngsten Freisprüche für die kroatischen Generäle Ante Gotovina und Mladen Markač, für den serbischen ehemaligen Armeechef Jugoslawiens, Momčilo Perišić, sowie für den Kosovaren Ramush Haradinaj im vergangenen Herbst haben die Tragweite der Haager Entscheidungen auf Politik und öffentlichen Diskurs in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens noch einmal vor Augen geführt. Die Frage nach der nationalen Vergangenheitsaufarbeitung und der regionalen Aussöhnung erscheint aktueller denn je.

2 | Zu den abgeschlossenen und aktuellen Verfahren des Tribunals vgl. Tabelle 1 am Ende dieses Beitrags.

VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG IN KROATIEN

Nach der bereits im Jahre 2010 erfolgten Schließung des Büros der Staatsanwaltschaft des ICTY schloss kürzlich, am 31. Dezember 2012, auch das Outreach-Büro des ICTY in der kroatischen Hauptstadt Zagreb (und in Priština) seine Pforten. Dies geschah im Rahmen der Vorbereitungen zur Beendigung der Aktivitäten des ICTY bzw. des Auslaufens des entsprechenden Mandats der Vereinten Nationen. Bis Ende Dezember 2014 bleiben jetzt nur noch die ICTY-Büros in Belgrad und Sarajevo weiter bestehen.³ Mit der Schließung des Büros geht aus Sicht Kroatiens, einem Land, dem im Zusammenhang mit den Aktivitäten dieses Internationalen Tribunals jahrelang der Vorwurf gemacht worden war, es habe die „Schlacken der Tuđman-Ära nie restlos abgelegt“,⁴ eine wichtige „Phase der Vergangenheitsaufarbeitung“ noch rechtzeitig vor dem für den 1. Juli 2013 vorgesehenen Beitritt des Landes zur Europäischen Union zu Ende. Die Beziehung Kroatiens zum Haager Tribunal blickt auf eine lange, wechselvolle Geschichte zurück, die mit der durch die Resolution 827 des VN-Sicherheitsrates erfolgten Gründung des Tribunals im Mai 1993 begann und mit der Schließung der letzten Repräsentanz jetzt einen Abschluss gefunden hat.

Aus Sicht Kroatiens geht eine wichtige „Phase der Vergangenheitsaufarbeitung“ noch rechtzeitig vor dem für den 1. Juli 2013 vorgesehenen Beitritt des Landes zur Europäischen Union zu Ende.

Kroatien und das ICTY

Lange Jahre galt Kroatien als ein Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawiens, der sich einer Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal weitgehend verweigert hat. Dieser oft geäußerte Vorwurf stützte sich im Wesentlichen auf die nachweislich unbefriedigende Zusammenarbeit mit dem Tribunal während der Tuđman-Ära (1996–1999) und auch noch während der darauffolgenden Regierungszeit Ivica

3 | „ICTY closes its field office in Croatia and Kosovo“, Zagreb, 31.12.2012 (Hina).

4 | Karl-Peter Schwarz, „Freispruch in Den Haag: Entlastung und Erleichterung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.11.2012, <http://faz.net/aktuell/politik/-11962945.html> [12.03.2013].

Das Parlament beschloss, dass militärische Operationen auf kroatischem Territorium keine Kriegsverbrechen darstellten, sondern defensive Befreiungsaktionen besetzter Gebiete.

Račans (2000-2003).⁵ Zwar hatte das kroatische Parlament am 19. April 1996 ein Gesetz, das die Zusammenarbeit mit dem ICTY verfassungsrechtlich verankerte, in dem Glauben verabschiedet, das Tribunal werde vorrangig serbische Kriegsverbrechen verfolgen. Am 5. März 1999 folgte jedoch ein Beschluss, wonach in Rede stehende militärische Operationen auf kroatischem Territorium keine Kriegsverbrechen darstellten, sondern defensive Befreiungsaktionen besetzter Gebiete, und diese – wenn überhaupt – unter kroatische Jurisdiktion fielen. Auf der Grundlage dieser Haltung kam es vor kroatischen Gerichten bis zum Ende der Tuđman-Ära nur zu einem einzigen Verfahren gegen einen kroatischen Staatsbürger, gleichzeitig ergingen jedoch gegen ca. 400 Serben (zum Teil in Abwesenheit) Schuldsprüche wegen Kriegsverbrechen.

Vom neuen Ministerpräsidenten Račan versprach sich das ICTY eine Veränderung hin zu einer umfassenderen Aufklärungsarbeit, und die neue Regierungskoalition zeigte sich auch umgehend bereit, dem ICTY die Zuständigkeit für die Verfolgung von Kriegsverbrechern in Kroatien zu übertragen. Schon bald musste die Regierung jedoch erkennen, dass die kroatische Öffentlichkeit eine solche Zusammenarbeit mehrheitlich missbilligte. Diese Haltung kulminierte nach der Verurteilung der so genannten Gospic-Gruppe um den damals jüngsten kroatischen General Mirko Norac in empörenden Großdemonstrationen. Mehr als 150.000 Kroaten protestierten in Split gegen die Verurteilung dieser „Kriegshelden“ und schalteten Regierungschef Račan, der sich ernsthaft um eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal bemüht hatte, einen „Verräter“ und „unpatriotischen Gesellen“.

Mit der im Ergebnis erfolglosen Anklageerhebung gegen den ehemaligen General Janko Bobetko, Generalstabschef bei der „Medak-Operation“, die sogar für Aufruhr im kroa-

5 | Im Folgenden wird auf die detaillierte Darstellung der Beziehung Kroatiens zum ICTY Bezug genommen: Vjeran Pavlakovic, „Better the Grave than a Slave: Croatia and the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia“, in: Sabrina P. Ramet, Konrad Clewing und Reneo Lukic, „Croatia since independence“, *Südosteuropa Arbeiten*, Nr. 131, 447-477, hier 451 ff.

tischen Parlament gesorgt hatte, erreichte die Stimmung gegen das ICTY in der kroatischen Bevölkerung ihren Höhepunkt. Eine große Mehrheit (70 Prozent der Befragten) sprach sich gegen eine Auslieferung Bobetkos aus.⁶ Die Krise fand ihr Ende „am 29. April 2003, als Bobetko starb, ohne je die Anklageschrift gesehen zu haben. Bobetkos Tod und die Februar-Demonstrationen in Split anlässlich des Falls Norac stellten zwei Schlüsselmomente in den Beziehungen des Landes zu Den Haag dar.“⁷ Mit Bobetko hatte sich nach Tuđman und Susak nun auch noch der letzte hauptverantwortliche kroatische Militärführer „auf natürliche Weise“ dem Haager Tribunal entzogen.

Der damaligen Chefanklägerin des Tribunals, Carla Del Ponte, war daran gelegen, Verantwortliche für Kriegsverbrechen unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit zur Rechenschaft zu ziehen. Aus Sicht vieler Serben verstärkte sich jedoch der Eindruck, das Tribunal sei allein eine anti-serbische Einrichtung.⁸ Aus diesem Grunde erhielt der Fall des kroatischen Generals Gotovina möglicherweise eine ganz besondere Bedeutung.⁹

Als sich die kroatische Regierung unter Račan nach den Erfahrungen von Split den Bestrebungen Del Pontes mit nachlassendem Engagement widmete, jedoch gleichzeitig von der Opposition beschuldigt wurde, dem Haager Tribunal Kroatiens größte Kriegshelden auszuliefern, ließ sich die ohnehin drohende Wahlniederlage Račans im Herbst 2003 nicht mehr verhindern. Nach nur drei Jahren im Amt kam es zur frühzeitigen Ablösung.¹⁰ Auch für die Nachfolgeregierung unter Ivo Sanader blieb das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag eine andauernde „innenpolitische Komplikation“.¹¹ Sanader war im Kern bemüht, zwar mit dem ICTY zu kooperieren, gleichzeitig jedoch Versuchen zur „Geschichtsverfälschung“ entgegenzutreten, indem man etwa immer wieder auf eine fragwürdige ICTY-Beweisführung hinwies, oft mit Hilfe dubioser Quellen.

Auch für die kroatische Regierung unter Ivo Sanader blieb das Kriegsverbrechertribunal eine andauernde „innenpolitische Komplikation“.

6 | Ebd., 457.

7 | Ebd.

8 | Ebd., 458.

9 | Ebd.

10 | Ebd., 453 f.

11 | Ebd., „The Sanader era 2004-present“, 461-464.



Chefanklägerin Carla Del Ponte war daran gelegen, Verantwortliche für Kriegsverbrechen unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit zur Rechenschaft zu ziehen. | Quelle: © ICTY.

Die Urteile gegen die ehemaligen Generäle Gotovina und Markač

Nachdem es im Dezember 2005 zur Festnahme und späteren Verurteilung des seit seiner Anklage im Jahre 2001 untergetauchten ehemaligen kroatischen Generals Ante Gotovina gekommen war, verbesserten sich die Beziehungen Kroatiens mit dem ICTY weiter. Das Tribunal machte für Kroatien den Weg frei für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union.¹² Nachdem sich auch General Markač den Behörden gestellt hatte und dem Tribunal überstellt worden war, verkündete dieses im April 2011 nach langwierigen Verhandlungen die erstinstanzlichen Urteile gegen die beiden Generäle Gotovina und Markač, die zu 24 bzw. 18 Jahren Haft verurteilt wurden. Die beiden hatten 1995 die „Operation Sturm“ (Operacija Oluja) befehligt, in deren Verlauf über 200.000 Serben aus der Krajina das Gebiet verlassen mussten und über

12 | Die ursprünglich für März 2005 geplante Aufnahme der Beitrittsverhandlungen war erst im Oktober möglich, nachdem Chefanklägerin Carla Del Ponte ihre Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit der kroatischen Regierung im Falle Gotovina geäußert hatte. Führende Politiker der EU riefen erneut die Behörden in den kroatischen Nachbarländern zur umfassenden Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal und hofften auf Fortschritte im Versöhnungsprozess auf dem Balkan. Vgl. „Kroate Gotovina auf den Kanaren verhaftet“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.12.2005, <http://faz.net/aktuell/politik/-1281323.html> [12.03.2013].

1.700 getötet wurden. Die Enttäuschung über diese beiden Urteile war in der kroatischen Öffentlichkeit enorm, dennoch kam es zu keiner größeren Demonstration. Die Kroaten setzten ihre Hoffnungen auf das sogleich anberaumte Revisionsverfahren.

Am 16. November 2012 wandelte der Internationale Strafgerichtshof die Urteile nach einem aufsehenerregenden Revisionsverfahren mit der knappen Mehrheit von drei der fünf stimmberechtigten Richter in „Freisprüche aus Mangel an Beweisen“ um. Die Richter urteilten dabei, es sei nicht erwiesen, dass die Flucht bzw. Abwanderung der Serben am Ende des Krieges in Kroatien (1991-1995) eine Gotovina und Markač vorzuwerfende „geplante Vertreibung“ gewesen sei. Zur weiteren Begründung ihrer Revision erklärten die Richter, die Urteile in erster Instanz hätten auf der nicht gerechtfertigten Annahme beruht, man könne alle Artilleriegeschosse, die mehr als 200 Meter von legitimen, militärischen Zielen entfernt einschlugen, als „zielgerichtete Angriffe auf Zivilisten“ werten. Zudem habe das Gericht in erster Instanz zu Unrecht unterstellt, es habe ein „gemeinsames kriminelles Unternehmen“ gegeben, „dessen Ziel es gewesen sei, serbische Zivilisten endgültig und gewaltsam aus der Region Krajina zu vertreiben“.¹³ Dieser Argumentation könne das jetzige Gericht nicht folgen, deshalb spreche es die Angeklagten von den erhobenen Vorwürfen frei.

Im Revisionsverfahren stellte der ICTY fest, dass erstinstanzlich zu Unrecht ein „gemeinsames kriminelles Unternehmen“ zur Vertreibung der Serben aus der Krajina unterstellt wurde. Gotovina und Markač wurden freigesprochen.

Kroatische Reaktionen auf die Urteile des Haager Tribunals

In Kroatien wurden die Freisprüche von tausenden Bürgern auf dem zentralen Platz der Hauptstadt Zagreb auf Großbildleinwand verfolgt und mit Enthusiasmus aufgenommen. Auf ähnlichen Veranstaltungen in anderen Städten Kroatiens, darunter Pakoštane und Đurđevac, die Heimatstädte der beiden Angeklagten, gab es ebenfalls Jubel. Hunderte in Uniform erschienene kroatische Veteranen hatten Tränen in den Augen, als Gotovina noch am Abend nach der

13 | Vgl. „Jubel in Kroatien über Freispruch der Generäle Gotovina und Markač“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.11.2012, <http://onleihe.de/static/content/faz/20121117/F121117/vF121117.pdf> [12.03.2013].

Urteilsverkündung auf dem Jelacic-Platz in Zagreb zu ihnen sprach.¹⁴ Kroatische Politiker feierten den Freispruch der Generäle als „Sieg für Kroatien“, wie etwa Verteidigungsminister Ante Kotromanović, der meinte, nun habe endlich die Wahrheit gesiegt.¹⁵

Tatsächlich wurden Gotovina und Markač noch am Tag der Urteilsverkündung am Zagreber Flughafen von Ministerpräsident Zoran Milanović und Parlamentspräsident Josip Leko in Empfang genommen und am Abend im Rahmen eines Empfangs bei Staatspräsident Ivo Josipović in ihrer Heimat willkommen geheißen. Milanović dankte Gotovina und Markač für das, was sie für die Verteidigung eines unabhängigen Kroatien auf sich genommen hätten.¹⁶

Ministerpräsident Milanović dankte Gotovina und Markač für das, was sie für die Verteidigung eines unabhängigen Kroatiens auf sich genommen hätten.

Auf einer außerordentlichen Pressekonferenz unterstrich er, dass es immerhin 17 lange Jahre gedauert habe, dieses schwierige Verfahren zu einem Ende zu bringen. Auch wenn die Entscheidung der Richter nicht einhellig gewesen sei, was davon zeuge, wie nahe Wahrheit und Unwahrheit beieinander lägen, so handele es sich bei den beiden Generälen um „Unschuldige“. Das Urteil bedeute aber nicht, dass der Krieg nicht blutig gewesen sei oder keine Fehler begangen worden wären.¹⁷ Der Freispruch ändere nichts an der Notwendigkeit, sich auch mit den von Kroaten begangenen Kriegsverbrechen intensiv auseinanderzusetzen.¹⁸

Leko bezeichnete den Tag der Urteilsverkündung als einen „großen Tag für Kroatien“. Das Urteil sei ein Beweis dafür, dass Kroatien einen gerechtfertigten Verteidigungskrieg gemäß den Regeln des Internationalen Rechts geführt habe.¹⁹ Sichtlich erleichtert kommentierte schließlich Staatspräsident Josipović in einer Fernsehansprache das

14 | Vgl. Nina Brnada, „Ante Gotovina: Der Held, der keiner sein will“, *Der Standard*, 26.11.2012.

15 | Vgl. „Pobijedila je istina, idem po generale Vladinim avionom“, *Večernji list*, 16.11.2012, <http://vecernji.hr/komentar/475953> [12.03.2013].

16 | Vgl. „Premijer Milanović: ‚Pao nam je kamen sa srca! Gotovini i Markaču hvala što su toliko izdržali za Hrvatsku‘“, *Jutarnji list – Portal Jutarnji hr*, 16.11.2012, <http://jutarnji.hr/1066731> [12.03.2013].

17 | Ebd.

18 | Vgl. Fn. 13.

19 | Vgl. „Leko: Ovo je priznanje da smo vodili pravedan, obrambeni rat“, *24 sata*, 16.11.2012, <http://24sata.hr/politika/-289758> [12.03.2013].

„gerechte Urteil“ des Tribunals. Das Gericht habe anerkannt, dass die Angeklagten für die zivilen Opfer der „Operation Sturm“ nicht persönlich verantwortlich seien.²⁰

Reaktionen der Serben in Kroatien auf die Urteile des Haager Tribunals

Der wichtigste politische Repräsentant der serbischen Minderheit in Kroatien, der Parlamentsabgeordnete und Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des kroatischen Parlaments (Sabor) Milorad Pupovac, bemerkte dagegen in seiner Parlamentsrede, die Freisprüche seien zwar ein großer Tag für Kroatien, wenn aber die Generäle nicht schuldig seien, müsse die Frage erlaubt sein, wer für die Kriegsverbrechen in der Krajina zur Verantwortung zu ziehen sei.²¹ Die Rückeroberung der Region mit militärischen Mitteln gilt den Serben weiterhin als eine „verbrecherische“ Operation, den Kroaten dagegen als erfolgreiche Rückeroberung und Befreiung kroatischer Gebiete. Beide Sichtweisen kritisierte Pupovac als einseitig, weshalb es notwendig bleibe, diese dunklen Seiten des Krieges weiterhin gemeinsam mit Kroaten und Serben aufzuarbeiten und die diesbezügliche Zusammenarbeit fortzusetzen.²²

Das Urteil des Tribunals werde, so bedauerte Pupovac, von zahlreichen Kroaten nicht als Freiheit für zwei Individuen verstanden, sondern allgemein als „Freiheit von Schuld“ und als Sieg jener Politik, von der sich Kroatien seit 2000 zu distanzieren versucht habe.²³ In einer späteren Einlassung präziserte Pupovac seine Ausführungen dahingehend, dass das Haager Tribunal die zwei Generäle zwar von den in der Anklageschrift angegebenen Vorwürfen freigesprochen, nicht jedoch geklärt habe, wer für die Kriegsverbrechen die politische Verantwortung trage und wie eine nachhaltige Lösung der serbischen Minderheitenproblematik in Kroatien aussehen müsse.

20 | Vgl. Fn. 13.

21 | Vgl. Interview mit Milorad Pupovac, „Ich habe 20 Jahre an das andere Kroatien geglaubt“, *Der Standard*, 24.11.2012, <http://derstandard.at/1353207154088> [13.03.2013].

22 | Vgl. Marina Karlović Sabolić, „Milorad Pupovac: Hrvatsko pravosuđe riskira da bude sudionik u zločinu“, *Slobodna Dalmacija*, 08.12.2012, <http://urednik.slobodnadalmacija.hr/Spektar/tabid/94/articleType/ArticleView/articleId/196042/Default.aspx> [13.03.2013].

23 | Vgl. Fn. 21.

Auf die Frage, wie die serbische Gemeinschaft in Kroatien mit dem Urteil umzugehen gedenke, sagte Pupovac: „Es ist nicht das Schlimmste, was ihnen passiert ist. Nachdem sie vertrieben und stigmatisiert wurden und ihre Jobs ver-

„Wenn wir nun der EU mit der dominanten Logik beitreten, dass der ‚Krieg vorüber‘ und damit auch die Frage der Kriegsverbrechen erledigt ist, wird ein neuer Kanon etabliert.“ (Milorad Pupovac)

loren haben, ist es für sie keine Frage, ob sie zufrieden sind oder nicht, sondern ob sie frei von Angst sein können.“ Und er ergänzte: „Wenn wir nun der EU mit der dominanten Logik beitreten, dass der ‚Krieg vorüber‘ und damit auch die Frage der Kriegsver-

brechen erledigt ist, wird ein neuer Kanon etabliert.“²⁴ Deshalb werde man die aktuelle kroatische Regierung weiter beim Wort nehmen, die Rechte der serbischen Minderheit wahren zu wollen, und dies auch an ihrer Haltung gegenüber dem in der kroatischen Verfassung festgeschriebenen Recht auf bilinguale Verkehrszeichen in Gebieten mit mehr als einem Drittel serbischer Bevölkerung – so etwa in Städten wie Vukovar – überprüfen.

Indessen bleibt es auch das Interesse der serbischen Minderheit in Kroatien, dass sich die bilateralen Beziehungen zwischen Zagreb und Belgrad wieder verbessern, nachdem sie im Zuge der Urteilsverkündung durch das Tribunal durch entsprechende Kommentierungen beider Seiten gelitten hatten. Hoffnung, so Pupovac, gebe vor allem der seit März 2009 erste Besuch eines kroatischen Ministerpräsidenten in Belgrad, der auch die Stellung der jeweiligen Minderheiten im Nachbarland spürbar verbessern werde.²⁵

24 | Ebd.

25 | „Milanović i Dačić u Beogradu: odnose odlediti, resetirati i početi ispočetka“, *Novilist*, 16.01.2013, <http://tinyurl.com/b54bz3v> [13.03.2013].

VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG IN SERBIEN

Seit Beginn seiner Arbeit vor zwanzig Jahren hat das Haager Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien in der serbischen Öffentlichkeit einen schweren Stand. Nach den Freisprüchen für Gotovina, Markač und Haradinaj hat sich der Eindruck im Land verfestigt, das Gericht sei „gegen Serbien“ etabliert. Diesen Schluss zog Serbiens Präsident Nikolić in einer öffentlichen Reaktion auf den Freispruch der kroatischen Generäle.²⁶ Die Enttäuschung in Serbien über die Freisprüche und der Jubel in Zagreb und Priština machen deutlich, wie tief die Gräben zwischen den ehemaligen Brudernationen noch sind. Jedes Land hat seine Interpretation der eigenen Rolle während der Jugoslawienkriege und der Rolle der Anderen.²⁷

Serbiens Präsident Nikolić zog in einer öffentlichen Reaktion auf den Freispruch der kroatischen Generäle den Schluss, das Haager Tribunal sei „gegen Serbien“ etabliert.

Ein verstärkter Fokus auf die Opfer von Kriegsverbrechen, egal welcher Nationalität, und weitergehende Bemühungen zur Ermittlung der für die Verbrechen Verantwortlichen ist geboten. Dabei ist die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit gerade in Serbien und die Akzeptanz der zentralen Rolle des Milošević-Regimes in den Kriegen notwendiger denn je.

EU-Integration als Druckmittel

Gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten des westlichen Balkans sind von zentraler Bedeutung für deren EU-Integration. Für Serbien ist dieses Beitrittskriterium hochaktuell, hängt doch der nächste Schritt des Landes

26 | Siehe Florian Bieber, „Hague Verdicts Don't Justify Croatia's, Kosovo's, Wars“, *BalkanInsight*, 29.11.2012, <http://balkaninsight.com/en/article/hague-verdicts-don-t-justify-croatia-s-kosovo-s-wars> [19.03.2013].

27 | Dass diese auch heute noch für Konflikte sorgen, belegt der jüngste Streit um ein Denkmal für albanische Aufständische im südserbischen Presevotal. Die Aufständischen wurden von den serbischen Behörden als Terroristen eingestuft, das Denkmal für illegal erklärt und im Januar unter großen Protesten der örtlichen Bevölkerung entfernt. Folge war unter anderem die Zerstörung hunderter serbischer Gräber im Kosovo. Für mehr Informationen siehe Marija Ristić, „Serbia Removes Albanian Guerrilla Monument“, *BalkanInsight*, 20.01.2013, <http://balkaninsight.com/en/article/serbia-removes-albanian-guerrilla-monument> [13.03.2013].

auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft davon ab: der Beginn der Beitrittsverhandlungen. Belgrads Beziehungen mit den ex-jugoslawischen Nachbarländern sind immer noch zu großen Teilen von einem verzerrten Blick auf die eigene Vergangenheit geprägt, der eine treffende Einschätzung der politischen Realität von heute erschwert: Die Nicht-Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit, die aus Sicht Sarajewos und Podgoricas unverhältnismäßige politische Unterstützung der serbischen Minderheiten und Einmischung in Bosnien-Herzegowina und Montenegro sowie schließlich das fortdauernde Misstrauen gegenüber Kroatien – das alles gründet, so urteilen viele außerhalb Serbiens, auf dessen Nicht-Anerkennung seiner Rolle in den Kriegen der 1990er Jahre. Betrachtet man die politischen Führungskräfte, die derzeit in Belgrad an der Macht sind, und die Art und Weise, wie der Präsident, der Premierminister oder sein Stellvertreter ihre politische Karriere unter Milošević begannen, so erscheint tatsächlich eine Normalisierung der Beziehungen Serbiens mit seinen Nachbarn problematisch.



Ratko Mladić (links) und Radovan Karadžić 1993 in Pale: Die Auslieferung der Angeklagten war Voraussetzung für die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen. | Quelle: © Stringer / epa / picture alliance.

Nichtsdestotrotz gibt es Anzeichen, dass die im vergangenen Sommer neu ins Amt gewählte Führung in Belgrad die Notwendigkeit verbesserter politischer Kontakte zum unmittelbaren Ausland erkannt hat und gegenüber der Vorgängerregierung verloren gegangenen Boden wieder gut

machen möchte. Vor allem Berlin hat Belgrad von Beginn an klar vorgegeben, wo die außenpolitischen Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Und so spielt das Kopenhagener Beitrittskriterium der gutnachbarschaftlichen Beziehungen in der Bewertung des Demokratie- und Reformfortschritts des größten Staates auf dem westlichen Balkan eine immer wichtigere Rolle, je mehr sich für Belgrad die Beitrittsperspektive konkretisiert: Noch in diesem Jahr möchte Belgrad einen Termin für den Beginn der Beitrittsverhandlungen erhalten. Es muss als Voraussetzung dafür neben der Umsetzung interner Reformen einen konfliktfreien Umgang mit dem vor fünf Jahren unabhängig proklamierten Kosovo finden. Dafür führen Belgrad und Priština seit 2011 einen von der EU geförderten technischen Dialog, der seit vergangener Herbst mit Gesprächen zwischen den Premierministern der beiden Länder auf die politische Ebene ausgeweitet wurde. Der politische Dialog ist notwendig, um Vertrauen aufzubauen und eine nachhaltige Lösung für den Norden Kosovos zu finden, in dem ohne direkten Einfluss der kosovarischen Staatsgewalt mehrheitlich Serben leben.

Ohne regelmäßigen politischen Austausch zwischen den ehemaligen Konfliktparteien, also nicht nur mit Priština, sondern auch mit Zagreb und Sarajewo, ist es schwer vorstellbar, dass Voraussetzungen für gutnachbarschaftliche Beziehungen geschaffen werden, die nicht nur die Übernahme ungelöster Probleme in die EU (wie beispielsweise im Falle des geteilten Zyperns) verhindern, sondern auch die regionale Aussöhnung und damit die politische Stabilität auf dem westlichen Balkan fördern sollen. Diese sieht der serbische Premier Đaćić einerseits durch die jüngsten Freisprüche des Haager Tribunals ins Stocken geraten. Die Freisprüche hätten zudem das Ansehen des Gerichts in Serbien diskreditiert und die Zusammenarbeit Belgrads mit Den Haag in Frage gestellt.²⁸ Nachdem sich andererseits der öffentliche Sturm der Entrüstung über die Feiertage um den Jahreswechsel gelegt hat, scheint Belgrad auf der politischen Arbeitsebene pragmatisch und konstruktiv weiterzuarbeiten: Der Dialog mit Priština wurde Mitte Januar sowohl auf techni-

Nachdem sich der öffentliche Sturm der Entrüstung über die Feiertage um den Jahreswechsel gelegt hat, scheint Belgrad auf der politischen Arbeitsebene pragmatisch und konstruktiv weiterzuarbeiten.

28 | Siehe Vladan Marjanović et al., *V.I.P. Daily News Report*, V.I.P. News Services, 20.11.2012.

scher als auch auf politischer Ebene fortgesetzt; kurz zuvor lief der erste Besuch des kroatischen Premiers in Belgrad sachlich und ergebnisorientiert.

Gesellschaftliches Umfeld für Vergangenheitsaufarbeitung problematisch

Doch kann die nüchterne Fortsetzung der serbischen Nachbarschaftspolitik eine ebenso nüchterne Betrachtung der eigenen Vergangenheit nach sich ziehen? Eine umfassende

Vergangenheitsaufarbeitung ist schließlich kein explizit formuliertes Beitrittskriterium.

Das Umfeld für die Aufarbeitung der eigenen Kriegsverbrechen erscheint in weiten Teilen der Öffentlichkeit aufgrund der Perzeption eines gegen Serbien arbeitenden Gerichts schwieriger.

Tatsächlich erscheint das Umfeld für die Aufarbeitung der eigenen Kriegsverbrechen und das Ermitteln historischer Tatsachen in Serbien heute, vor dem Hintergrund der großen

Enttäuschung über die Freisprüche, in weiten Teilen der Öffentlichkeit und der damit einhergehenden Perzeption eines gegen Serbien arbeitenden Gerichts, schwieriger. Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die seit Jahren in Serbien die Tätigkeit des Tribunals begleiten und für einen ehrlichen Umgang mit den Kriegen und seinen Opfern eintreten, trifft verstärkt auf Widerstand und Unverständnis. Die wichtigste staatliche Institution zur Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, das serbische Büro für Kriegsverbrechen und dessen Staatsanwalt, stehen ebenfalls vor höheren Hürden, die Strafverfolgung im eigenen Land in dieser vergifteten Atmosphäre voranzubringen.

Warum, so denken viele Serben, soll Belgrad Täter für Verbrechen während der Kriege bestrafen, wenn die anderen trotz eindeutig belegter Verbrechen gegen Serben straffrei ausgehen? In einer Diskussion des jüngsten Tätigkeitsberichts des ICTY vor dem VN-Sicherheitsrat fragte der serbische Vizepremier Vučić mit Bezug auf die jüngsten Freisprüche: „Haben Serben denn auch ein Recht auf Gerechtigkeit? Wer ist verantwortlich für die zahlreichen Ermordungen serbischer Zivilisten in Kroatien? Wenn Gotovina und Markač nicht schuldig sind, wer ist es dann? Diese Frage ist vom Tribunal nicht beantwortet. Seit seinem Bestehen hat es zahlreiche ehemalige serbische politische und militärische Führungskräfte wegen Kriegsverbrechen verurteilt. Gleichzeitig hat es darin versagt, einen einzigen hochrangigen Amtsträger aus Kroatien oder Bosnien bzw.

einen einzigen albanischen Amtsträger für Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verurteilen.“²⁹ In der Rede Vučićs wird die Tendenz der serbischen Seite deutlich, die Verantwortung für die Kriege und die begangenen Verbrechen auf die anderen Kriegsteilnehmer auszuweiten. Die explizite Anerkennung der zentralen Rolle Serbiens unter Milošević und der in dessen Namen verübten Verbrechen, die sich unter anderem auch in der Mehrzahl der vor dem Tribunal angeklagten Serben ausdrückt,³⁰ ist bisher nicht erfolgt.

Zu wenig Aufmerksamkeit für die Opfer der Konflikte

Die Reaktionen auf die Freisprüche zeigen nicht nur in Serbien, sondern auch in Kroatien und im Kosovo, so scheint es, dass die Anerkennung der Opfer von Kriegsverbrechen und ihre Suche nach Gerechtigkeit wenigstens vorübergehend in den Hintergrund geraten sind.

Dies trifft aus Belgrader Sicht im Besonderen das größte während der Kriege begangene Verbrechen gegen ethnische Serben: die „Operation Sturm“. Nach dem Freispruch der Generäle Gotovina und Markač fordern

Die Forderung nach Bestrafung der Verantwortlichen griff der serbische Justizminister kürzlich bei seinem Besuch beim ICTY-Chefankläger Serge Brammertz in Den Haag mit Nachdruck auf.

die Opferverbände weiter die Suche und Verurteilung der Verantwortlichen. Diese Forderung griff der serbische Justizminister kürzlich bei seinem Besuch beim ICTY-Chefankläger Serge Brammertz in Den Haag mit Nachdruck auf: „Alle Opfer serbischer Nationalität bleiben [...] auf dem Gebiet der Republik Kroatiens und des Kosovos ohne Verurteilung der Verantwortlichen für die gegen sie begangenen Verbrechen.“³¹ Auch Brammertz sieht in seinem jüngsten Bericht vor dem VN-Sicherheitsrat, in dem er die Gerichtsverfahren gegen Gotovina, Markač und Haradinaj kommen-

29 | United Nations Security Council, 6880th meeting, 05.12.2012, http://un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/PV.6880 [13.03.2013].

30 | Der Historiker Holm Sundhausen zählt von den insgesamt 161 Angeklagten vor dem ICTY 66 bosnische Serben, 26 Serben, 19 bosnische Kroaten, elf Kroaten, neun Bosniaken, sechs Kosovo-Albaner, vier kroatische Serben, drei Montenegriner/Serben, zwei Albaner und zwei Mazedonier sowie 13 weitere Angeklagte, deren Zuordnung unklar ist. Vgl. Holm Sundhausen, *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011*, Böhlau Verlag, 2012, 422.

31 | Siehe „Tribunal Delimično Svestan Odgovornosti“, Ministerium für Justiz der Republik Serbien, 17.01.2013, <http://www.mpravde.gov.rs/cr/news/vesti/tribunal-delimicno-svestan-odgovornosti.html> [13.03.2013].

tierte, „keinen Zweifel darin, dass ernsthafte Verbrechen im Laufe dieser Prozesse dokumentiert wurden. Die Opfer dieser Verbrechen haben das Recht auf Gerechtigkeit. Deshalb fordere ich die nationalen Behörden in der Region auf, innerhalb ihrer Zuständigkeit den Kampf gegen Straflosigkeit fortzuführen.“³²

Nachdem in den letzten Jahren alle gesuchten Kriegsverbrecher nach Den Haag überstellt und die Mehrzahl der Gerichtsverfahren bereits beendet wurde sowie die letzten offenen, unter anderem gegen Karadžić und gegen Mladić, voranschreiten, will das Tribunal die im VN-Mandat vorgesehene „Beendigungsstrategie“ für seine Arbeit umsetzen. Auch deshalb kommt den nationalen Büros für Kriegsverbrechen in der Region eine wachsende Bedeutung zu, die offenen Fragen im Sinne der Opfer zu klären, insbesondere diejenigen im Kontext der „Operation Sturm“. Das serbische Büro arbeitet bereits zehn Jahre an der Erfüllung dieser Aufgabe und wird von einheimischen Menschenrechtsorganisationen kritisch begleitet. Diese begrüßen die Verfolgung und Verurteilung von Kriegsverbrechern auf heimischen Boden, kritisieren jedoch das schleppende Tempo der Ermittlungen und Verfahren insbesondere gegen hochrangige Militärs. Auch bemängeln sie Defizite im Zeugenschutz, der für den erfolgreichen Ausgang eines Verfahrens eine zentrale Rolle spielt.³³

Menschenrechtsorganisationen begrüßen die Verfolgung und Verurteilung von Kriegsverbrechern auf heimischen Boden, kritisieren jedoch das schleppende Tempo der Ermittlungen und Verfahren insbesondere gegen hochrangige Militärs.

Serbiens Beitrag zu Strafverfolgung und Aufarbeitung

Präsident Nikolić, Premier Dačić und auch Vizepremier Vučić, der Chef der größten Regierungspartei, sind ehemalige hochrangige Gefolgsmänner Miloševićs. Keiner von ihnen hat je öffentlich Reue für seine Dienste im damaligen Regime gezeigt. Nikolićs Äußerungen kurz nach Amtsantritt, dass das kroatische Vukovar, Ort zahlreicher Kriegsverbrechen, eine serbische Stadt und die Ermordung der bosniakischen Bevölkerung in Srebrenica kein Völkermord gewesen seien, haben zudem die Beziehungen Belgrads zu Kroatien und Bosnien nachhaltig belastet. Der kroatische

32 | Fn. 29.

33 | Siehe Humanitarian Law Center, „Report on war crime trials in Serbia in 2012“, 18.01.2013, <http://www.hlc-rdc.org/?p=22309&lang=de> [13.03.2013].

Präsident Josipović weigert sich bis heute, seinen serbischen Amtskollegen zu treffen, solange dieser seine Äußerungen nicht zurücknimmt.

Doch es gibt trotz allem ermutigende Anzeichen. Vizepremier Vučić hat mehrmals bekräftigt, dass Serbien seine internationalen Verpflichtungen einhalten und somit auch die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal fortsetzen werde. Dazu gehören nach der noch unter Nikolićs Vorgänger erfolgten Auslieferung von Mladić und Hadžić die Aufklärung der sie jahrelang deckenden Netzwerke, aber eben auch die Ahndung von Verbrechen auf der nationalen Ebene. Hier bezeichnete der stellvertretende Staatsanwalt für Kriegsverbrechen in Serbien in einer jüngsten öffentlichen Debatte die Kooperation und den regelmäßigen Informationsaustausch mit seinen kroatischen und anderen Kollegen als sehr gut und wichtig.³⁴ In Kürze wird ein Protokoll zwischen Serbien und Bosnien in Kraft treten, das den Austausch von Beweismaterial zu Kriegsverbrechen erleichtern und in beiden Ländern parallel geführte Untersuchungen unnötig machen soll. Darüber hinaus sorgte der Besuch des kroatischen Premierministers Mitte Januar in Belgrad für großes Interesse in der serbischen Öffentlichkeit. Medienberichten zufolge wurde auch über die Arbeit mit dem ICTY und die gegenseitigen Völkermordvorwürfe vor dem Internationalen Strafgerichtshof diskutiert.

In Kürze wird ein Protokoll zwischen Serbien und Bosnien in Kraft treten, das den Austausch von Beweismaterial zu Kriegsverbrechen erleichtert.

Zentrale Rolle der Zivilgesellschaft

Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtler in Serbien setzen sich weiter öffentlich für die Vergangenheitsaufarbeitung und die Anerkennung der serbischen Rolle während der Jugoslawienkriege ein. Mit ihren zahlreichen jährlichen Kontakten auf den unterschiedlichsten Ebenen sind sie der Politik weit voraus und bieten wichtige Impulse für die regionale Versöhnung. Die Vorsitzende des örtlichen Helsinki-Komitees nennt dabei Deutschlands Umgang mit seiner Vergangenheit als Vorbild für die Region. Ferner interpretiert sie die jüngsten Urteile als Chance für

34 | Siehe dazu den Veranstaltungsbericht zur Debatte: „Debatata o sudjenjima za ratne zločine u Srbiji u 2012. Godini“, Medija Centar Beograd, 17.01.2013, <http://www.mc.rs/debatata-o-sudjenjima-za-ratne-zlocine-u.4.html?eventId=8831> [13.03.2013].

Serbien, sich endlich von der falschen Vorstellung der Jugoslawienkriege zu verabschieden, in der alle Kriegsparteien ebenbürtig und im gleichen Maße verantwortlich waren für den Zerfall Jugoslawiens und die dabei begangenen Verbrechen. Eine Aussöhnung mit den Nachbarn sei auf der Basis dieser falschen Interpretation nicht möglich. Vielleicht könnten aber gerade die jetzt wieder ins Amt zurückgekehrten Nationalisten anders über die Vergangenheit sprechen.³⁵ Ihnen könne man schließlich keinen fehlenden Patriotismus vorwerfen.

Andere Menschenrechtsaktivisten in Serbien betonen die Notwendigkeit, in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und ihren Opferverbänden, Dokumentationszentren und Medienvertretern die Schicksale möglichst aller Opfer der Kriege aufzuklären. Darin sehen sie eine der wichtigsten Aufgaben nicht nur der Politik, sondern insbesondere auch der Zivilgesellschaft. Die Arbeit des ICTY, Verbrechen zu dokumentieren, Zeugenaussagen zu sammeln und den Verlauf der Kriege möglichst objektiv zu ermitteln, hat dabei auch für viele serbische Menschenrechtler eine herausgehobene Bedeutung. Nur so kann die Aufarbeitung in Serbien und in der Region voranschreiten und dazu beitragen, dass eine weitgehend objektive Geschichtsschreibung über den Zerfall Jugoslawiens möglich wird.

Es liegt an der jungen Generation, den Weg für die regionale Aussöhnung zu ebnen. Zunehmende Kontakte durch Seminare, akademischen und schulischen Austausch helfen, das Misstrauen abzubauen.

Auf einer breiteren Ebene liegt es, das belegen jährlich zahlreiche Initiativen sowohl aus dem Ausland als auch aus Serbien, an der jungen Generation, Toleranz und Akzeptanz gegenüber dem Nachbarn zu üben und somit den Weg für die regionale Aussöhnung zu ebnen. Zunehmende Kontakte durch Seminare, akademischen und schulischen Austausch sowie durch weitere regionale Projekte helfen, das Misstrauen abzubauen und andere Meinungen zu akzeptieren. Doch ohne umfassende Bildungs- und Aufklärungsinitiativen für die Jugend auf dem westlichen Balkan, zum Beispiel entlang von Unterrichtsmaterialien einer bi- oder trilateralen Historikerkommission, bleibt der Raum für konträre und konkurrierende Geschichtsinter-

35 | Vgl. Interview mit Sonja Biserko: Dejan Kožul, „An Opportunity to End the Vicious Cycle of War“, Heinrich-Böll-Stiftung, 24.12.2012, http://rs.boell.org/downloads/sonja_biserko_-_english.pdf [13.03.2013].

pretationen offen. Dies gibt den Nationalisten immer wieder Gelegenheit, die Verantwortung für die eigene Geschichte zu verharmlosen.

DIE PROZESSE DES INTERNATIONALEN GERICHTSHOFES AUS DER SICHT MAZEDONIENS UND DES KOSOVOS

Die Entscheidungen des ICTY in Den Haag haben in Mazedonien und im Kosovo je nach unterschiedlichsten Standpunkten – die mitunter für westliche Beobachter nur schwer nachvollziehbar sind – für Begeisterung oder Entsetzen gesorgt. Die Reaktionen zeigen, dass die Vergangenheit beide Länder nicht loslässt und alte Wunden längst nicht verheilt sind.

Die ICTY-Fälle aus Mazedonien

Zwei Prozesse gegen mazedonische Staatsangehörige hat der Internationale Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien bislang geführt: gegen Ljube Boškoski, den ehemaligen mazedonischen Innenminister, und gegen Johan Tarčulovski, früherer Polizeibeamter des Sicherheitsdienstes im Innenministerium. Die beiden Männer sind die einzigen Mazedonier und Teilnehmer des bewaffneten Konflikts des Jahres 2001, die vor das Tribunal gebracht wurden. Die gegen sie erhobenen Anschuldigungen sind vor dem Hintergrund der jahrelangen politischen Spannungen zwischen der ethnisch-albanischen Minderheit und den Mazedoniern zu sehen, die ihren Höhepunkt 2001 erreichten und zu einem bewaffneten Konflikt führten. Seinerzeit gab es häufig militärische Auseinandersetzungen zwischen der Albanischen Nationalen Befreiungsarmee NLA (UÇK) und der mazedonischen Nationalarmee.

Spannungen zwischen der ethnisch-albanischen Minderheit und den Mazedoniern erreichten ihren Höhepunkt 2001 und führten zu einem bewaffneten Konflikt.

Der Angriff auf Ljuboten am 12. August 2001, ein überwiegend von ethnischen Albanern besiedeltes Dorf nördlich der Hauptstadt Skopje war die letzte Auseinandersetzung vor dem Rahmenabkommen von Ohrid, das einen Tag später unterzeichnet wurde und den Konflikt friedlich

beilegte.³⁶ Bei dem Polizeiangriff wurden sieben Männer albanisch-ethnischer Abstammung getötet und mehr als 100 unbewaffnete Zivilisten festgenommen. Zahlreiche Häuser wurden in Brand gesetzt, beschossen und beschädigt. Nach einer Untersuchung der Ereignisse in dem Dorf erhob Den Haag im März 2005 Anklage gegen Boškoski und Tarčulovski. Boškoski war als Innenminister für die Polizei zuständig und hatte somit die volle Verantwortung für den Einsatz. Die Anklage ging davon aus,

In der Anklage wurde der Verdacht erwähnt, Boškoski selbst habe Ljuboten besucht. Die Staatsanwaltschaft warf ihm vor, nichts unternommen zu haben, um die Täter zu bestrafen und die Ereignisse zu untersuchen.

dass er Kenntnisse über das illegale Vorgehen der Polizei bei dem Angriff auf das Dorf hatte oder zumindest hätte haben müssen. In der Anklage wurde der Verdacht erwähnt, Boškoski selbst habe Ljuboten besucht und sich mit den Polizeieinheiten, die damals von Tarčulovski geleitet wurden, getroffen. Die Staatsanwaltschaft warf dem ehemaligen Innenminister vor, nichts unternommen zu haben, um die Täter zu bestrafen und die Ereignisse zu untersuchen. Tarčulovski wurde angeklagt, den illegalen Angriff auf Ljuboten geplant und organisiert zu haben. Es wurde davon ausgegangen, dass er die Armee- und Polizeikommandanten im Gebiet Ljuboten dazu gedrängt habe, den Angriff zu unterstützen, und er die Bewaffnung einer Reservepolizeieinheit angeordnet, sie koordiniert und die Leitung des Angriffs persönlich übernommen habe.

Das Gerichtsverfahren gegen die beiden Mazedonier begann am 16. April 2007 und dauerte ein Jahr. Am 10. Juli 2008 wurde Boškoski von allen Anschuldigungen freigesprochen, Tarčulovski dagegen wurde zu einer Haftstrafe von zwölf Jahren verurteilt.³⁷ Die Haager Prozesse hatten in Mazedonien ein hohes öffentliches Interesse hervorgerufen, weil zum ersten Mal Mazedonier vor Gericht standen. Innenministerin Gordana Jankulovska und Jus-

36 | Vgl. ICTY, „Boškoski & Tarčulovski“, Case Information Sheet, http://icty.org/x/cases/boskoski_tarculovski/cis/en/cis_boskoski_tarculovski_en.pdf [25.03.2013]; vgl. Anja Czymmeck, „Zehn Jahre Ohrider Rahmenabkommen“, KAS-Länderbericht, 12.08.2011, http://kas.de/wf/doc/kas_23618-1522-1-30.pdf [13.03.2013]; Anja Czymmeck und Kristina Viciska, „Ein Zukunftsmodell für multiethnisches Zusammenleben? Bilanz nach zehn Jahren Ohrid-Rahmenabkommen in Mazedonien“, *KAS-Auslandsinformationen*, 11/2011, 75, <http://kas.de/wf/de/33.29404> [13.03.2013].

37 | „Бошковски и Тарчуловски“ (Boškoski und Tarčulovski), Akademik, <http://akademik.mk/trial/boshkovski-i-tarchulovski> [13.03.2013].

tizminister Mihajlo Manevski erschienen persönlich zur Urteilsverkündung in Den Haag. Ihre Anwesenheit sollte der internationalen Gemeinschaft signalisieren, dass die mazedonische Regierung jene nicht vergisst, die ihrer Auffassung nach das Land und die Bürger im bewaffneten Konflikt verteidigt hatten. Den freigesprochenen Boškoski begrüßten bei seiner Ankunft am Flughafen von Skopje Tausende Bürger und Anhänger der Partei Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE), der er damals angehörte, darunter auch Regierungschef Nikola Gruevski.

Der „Ljuboten-Fall“ ist bislang der einzige aus Mazedonien, der in Den Haag verhandelt wurde, und Johan Tarčulovski sitzt als einziger mazedonischer Staatsbürger aufgrund einer ICTY-Verurteilung in Haft. Darüber hinaus gab es vier weitere Fälle, die einen Bezug zu Mazedonien hatten und die in Mazedonien als „Haager Fälle“ bezeichnet werden. Sie betrafen Anklagen wegen Kriegsverbrechen – Entführung, Missbrauch, Misshandlung und Ermordung – gegen Kommandanten und Angehörige der albanischen Befreiungsarmee ANA (UÇK), die 2001 während des bewaffneten Konflikts in Mazedonien operiert hatten. Im Jahr 2008 wurden diese Fälle von Chefanklägerin Del Ponte an die mazedonische Staatsanwaltschaft zurückgegeben, nachdem Mazedonien dies beantragt hatte.³⁸ Im Jahr 2011 entschied das mazedonische Parlament, in dem die Regierungskoalition aus VMRO-DPMNE und der albanischen Partei Demokratische Union für Integration (DUI) die Mehrheit hat, diese Fälle in einem Amnestiegesetz zu erfassen. Darauf hatte vor allem der albanische Koalitionspartner gedrängt, sind doch zahlreiche ehemalige Mitglieder und Kommandanten der Befreiungsarmee heute Abgeordnete der DUI, allen voran ihr Vorsitzender Ali Ahmeti. Inoffiziell wurde auch darüber spekuliert, ob die Zustimmung der DUI, in eine Koalition mit der VMRO-DPMNE zu treten, an die Bedingung geknüpft gewesen sei, ein Amnestiegesetz zu verabschieden, das die Verfahren zum Stillstand brachte.

Vor allem der albanische Koalitionspartner hatte auf die Anwendung des Amnestiegesetzes gedrängt, sind doch zahlreiche ehemalige Kommandanten der Befreiungsarmee heute Abgeordnete der DUI.

38 | „The Former Yugoslav Republic of Macedonia Requested to Defer Five Cases to the Competence of the International Tribunal“, ICTY, 07.10.2002, <http://icty.org/sid/8069> [13.03.2013].

Wie sehr die mazedonische Politik von diesen Konflikten beherrscht wird, zeigte in jüngster Zeit die Diskussion um das so genannte Gesetz der Verteidiger. Die DUI setzt sich sehr dafür ein, den Status der ehemaligen Angehörigen der Befreiungsarmee im Rahmen des Gesetzes zu klären und ihnen ebenso wie den Angehörigen der mazedonischen Nationalarmee Renten, Sonderversicherungen und Privilegien als Kriegsveteranen zuzusprechen. Im Streit über dieses Gesetz drohte die Regierungskoalition auseinanderzubrechen. Bis heute ist dieser Streit nicht beigelegt, denn das Gesetz wurde noch immer nicht verabschiedet.

Im Oktober 2012 forderten die Familienangehörigen der Opfer der „Haager Fälle“ eine verfassungsmäßige Überprüfung des Amnestiegesetzes, doch das mazedonische Verfassungsgericht verwarf eine erneute Prüfung, so dass die Amnestie rechtskräftig blieb.³⁹ Schon bei seiner Verabschiedung durch die Regierungskoalition hatte das Gesetz heftige Reaktionen und politische Turbulenzen ausgelöst. Die oppositionellen Sozialdemokraten sprachen sich dagegen aus. Wie auch ein Großteil der mazedonischen Experten vertraten sie die Ansicht, eine solche Entscheidung über Gerichtsfälle dürfe nicht im Parlament stattfinden, sondern müsse in einem ordentlichen Gerichtsverfahren entschieden werden. Amnesty International forderte die mazedonische Regierung im September 2011 auf, ihre Vorgehensweise zu überdenken: „Die Parlamentsentscheidung verstößt eindeutig gegen internationales Recht. Sie verwehrt den Opfern und ihren Angehörigen den Gang vor das Gericht.“⁴⁰

Die Ereignisse und Diskussionen um die „Haager Fälle“ und das Amnestiegesetz verdeutlichen auch die ethnischen Spannungen und Trennlinien in Mazedonien. Die ethnisch-

39 | Republik Mazedonien, Verfassungsgericht, Beschluss Nr. 158-2011-0-0, 31.10.2012, <http://www.constitutionalcourt.mk/domino/WEBSUD.nsf> [13.03.2013]; vgl. auch Sinisa Jakov Marusic und Sase Dimovski, „Macedonian Court Rejects Review of War Crimes Amnesty“, *BalkanInsight*, 31.10.2012, <http://balkaninsight.com/mk/article/macedonian-court-rejects-review-of-war-crimes-amnesty> [13.03.2013].

40 | Amnesty International, „Macedonia: Time to deliver justice to the victims of war crimes“, Pressemitteilung PRE01/435/2011, 01.09.2011, <http://amnesty.org/en/for-media/press-releases/macedonia-time-deliver-justice-victims-war-crimes-2011-09-01> [13.03.2013].

albanische Bevölkerung sowie alle albanischen Parteien haben den Beschluss des ICTY und die nach der Überstellung an Mazedonien erfolgte Amnestie begrüßt. Die ethnisch-mazedonische Öffentlichkeit hingegen kritisierte diese Entscheidung heftig. Sie empfand die Amnestie für die Beschuldigten in den Den Haager Fällen als Kapitulation Mazedoniens und als eine politisch motivierte, aufgezwungene Versöhnung. Diese Auffassung wurde wieder deutlich, als Ende 2012 neben den kroatischen Generälen Gotovina und Markač auch der ehemalige Kommandant der UÇK und kosovarische Premierminister Ramush Haradinaj vom ICTY freigesprochen wurde. Den Schuldspruch, der damit revidiert wurde, hatten viele ethnische Mazedonier als ungerecht empfunden. Sie hatten kritisiert, dass neben Serben ein Mazedonier als Kriegsverbrecher verurteilt wurde, obwohl Mazedonien doch das einzige Land gewesen sei, das sich ohne Blutvergießen aus dem alten Jugoslawien gelöst habe. Bei einer solchen Auffassung scheinen Beweise, die das Gericht hatte, keine Rolle zu spielen, sondern es wird nur von einem „nationalen Proporz“ ausgegangen – ein eigenwilliges Verständnis von Rechtssprechung auf mazedonischer Seite.

Mazedonier hatten kritisiert, dass neben Serben ein Mazedonier als Kriegsverbrecher verurteilt wurde, obwohl Mazedonien doch das einzige Land gewesen sei, das sich ohne Blutvergießen aus dem alten Jugoslawien gelöst habe.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit und der Umgang mit den daraus gewonnen Erkenntnissen sind und bleiben in Mazedonien äußerst schwierige Themen. Das belegen nicht nur die hier beschriebenen Fälle, sondern auch die Diskussionen um das Lustrationsgesetz, mit dem der Zugang von Personen zu öffentlichen Ämtern geregelt werden sollte, die in kommunistischer Zeit mit dem Geheimdienst zusammengearbeitet hatten. Im Juli wurde in Windeseile ein neuer Gesetzentwurf durch das Parlament gebracht, ohne parlamentarischen Gremien und Fraktionen eine ausreichende Zeit für Beratung und Diskussion zu lassen oder Vertreter der Zivilgesellschaft zu diesem Gesetz anzuhören. Deshalb steht das Gesetz immer wieder im Fokus der Kritik und die Regierung sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, mit den neuen Bestimmungen nur unliebsame politische Gegner aus dem öffentlichen Leben räumen zu wollen. Auch bei diesem Thema gibt es keinen gemeinsamen Nenner, der zur Schließung der Gräben zwischen den Ethnien oder zur Verbesserung der politischen Kultur beitragen könnte.

Johan Tarčulovski, der zu zwölf Jahren Haft verurteilt war, wurde kürzlich nach Verbüßung von Zweidritteln seiner Strafe nach acht Jahren vorzeitig entlassen und in Mazedonien vom Premierminister und begeisterten Anhängern begrüßt.⁴¹

Die ICTY-Fälle aus dem Kosovo

Die Reaktion des VN-Kriegsverbrechertribunals in Bezug auf den Krieg im Kosovo in den Jahren 1998 bis 1999 erfolgte während im Kosovo noch intensive Kriegegefechte wüteten. Am 24. Mai 1999 bestätigte ein Richter die Anklage gegen Slobodan Milošević. Es war die erste Anklage gegen einen amtierenden Präsidenten vor einem internationalen Gericht. Nach dem Eingreifen der NATO-Truppen im Juni 1999 im Kosovo wurde das Gebiet Gegenstand einer umfangreichen Untersuchung im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen in Südosteuropa. In den folgenden Monaten exhumierten forensische Teams aus mehr als zehn Ländern Tausende Leichen in verschiedenen Orten, in denen Serben Kosovo-Albaner getötet haben sollten. Im Verlauf der folgenden vier Jahre erhob das Gericht Anklagen gegen Serben wegen massiver Kriegsverbrechen 1999 im Kosovo⁴² und ebenso gegen sechs Albaner wegen Verbrechen gegen Serben und gegen Albaner, die mit den Serben zusammengearbeitet hatten.

Die ersten angeklagten Mitglieder der albanischen Befreiungsarmee UÇK stammten aus der Gruppe von Haradin Bala, Isak Musliu und dem bekannten UÇK-Kommandanten und führenden Politiker der heutigen Regierungspartei Demokratische Partei des Kosovos (PDK), Fatmir Limaj. Ihnen wurde zur Last gelegt, Gefangene widerrechtlich in Gefängnissen festgehalten, albanische Mitarbeiter des serbischen Militärs sowie serbische und albanische Zivilisten gefoltert und hingerichtet zu haben.⁴³ Die Festnahme der

41 | Sinisa Jakov Marusic, „Macedonia Stages Hero’s Welcome for Tarculovski“, *BalkanInsight*, 11.04.2013, <http://balkaninsight.com/en/article/macedonia-thorws-hero-s-welcome-for-tarculovski> [18.04.2013].

42 | ICTY, Verfahren Nr. IT-03-66-T, Urteil gegen Fatmir Limaj, Isak Musliu und Haradin Bala, 30.11.2005, <http://icty.org/x/cases/limaj/tjug/en/lim-tj051130-e.pdf> [19.03.2013].

43 | „Fatmir Limaj del në gjyqin e Hagës“, *BBC Albanian*, 04.03.2003, http://bbc.co.uk/albanian/news/2003/03/030304_limajhague.shtml [13.03.2013].

Angeklagten im März 2003⁴⁴ wurde von vielen Diskussionen und Beschwerden im Kosovo begleitet. Man interpretierte die Verhaftungen als Versuch des Haager Tribunals, die begangenen Verbrechen auf serbischer und kosovarischer Seite gegeneinander aufzurechnen, um nicht Serben wegen Kriegsverbrechen zu verurteilen. Die Vernehmungen dieser Gruppe wurden vor allem auf die Aussagen von Zeugen gestützt, die mit der Haftanstalt in Llapushnik, Kosovo, zu tun hatten. Es wurde vermutet, dass dort im Zeitraum 1998/1999 zahlreiche Serben und Albaner misshandelt und getötet wurden.

Am 30. November 2005 verurteilte das ICTY Haradin Bala, der Aufseher in der Anstalt von Llapushnik gewesen war, aufgrund von Misshandlung, Folter und Mord zu 13 Jahren Haft. Freigesprochen wurden hingegen Isak Musliu und Fatmir Limaj. Dem Gericht konnten keine ausreichenden Beweise vorgelegt werden, die eine Beteiligung der beiden an den Misshandlungen belegten.⁴⁵ Die Freisprüche wurden im Kosovo positiv aufgenommen. Aus Sicht der Kosovaren war damit bewiesen, dass es sich bei dem Krieg der Kosovo-Albaner um einen Befreiungskrieg gehandelt hatte, dem kein organisierter Plan für Folter und Ermordung von Serben und Albanern zugrunde lag. So äußerten sich unter anderem der damalige Präsident Ibrahim Rugova, Premierminister Bajram Kosumi und Hashim Thaci, Vorsitzender der PDK.⁴⁶

Aus Sicht der Kosovaren war mit den Freisprüchen bewiesen, dass es sich um einen Befreiungskrieg gehandelt hatte, dem kein organisierter Plan für Folter und Ermordung von Serben und Albanern zugrunde lag.

Unzufrieden mit dem Urteil des Haager Gerichts waren die Serben in Serbien und im Kosovo. Serbische Politiker kritisierten, die Entscheidung sei ein schlechtes Signal an die im Kosovo lebenden Serben.⁴⁷ Internationale Vertreter von Botschaften in Priština und der VN-Mission United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) gingen mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit,

44 | Fn. 42.

45 | The Hague Justice Portal, „Limaj, Fatmir“, <http://haguejusticeportal.net/index.php?id=6114> [13.03.2013].

46 | Media House Kosova, „Përshëndetet lirim i Limajt dhe Musliut“, *Rugova Update*, 01.12.2005, <http://rugovauodate.blogspot.com/2005/12/prshndetet-lirimi-i-limajt-dhe-musliut.html> [13.03.2013].

47 | „Bogdanoviq: Lirim i Limajt ‚skandaloz‘“, *Radio Europa e Lirë*, 02.05.2012, <http://www.evropaelire.org/archive/news/20120502/704/704.html?id=24567843> [13.03.2013].

wonach die Entscheidung des Haager Tribunals respektiert werden müsse und alle Bürger des Kosovo aufgefordert seien, mit Umsicht darauf zu reagieren.⁴⁸ Inzwischen hat das Haager Tribunal am 31. Dezember 2012 auf Antrag der Verteidigung entschieden, Haradin Bala nach elf Jahren Haft wegen guter Führung zwei Jahre früher zu entlassen.

Ebenfalls in Den Haag angeklagt wurden der frühere Premierminister und Vorsitzende der Partei Allianz für die Zukunft des Kosovos (AAK), Ramush Haradinaj, und die so genannte Dukagjini-Gruppe, bestehend aus Haradinajs Kameraden Lahi Brahimaj und Idriz Balaj. Anklage wurde im März 2005 erhoben.⁴⁹ Haradinaj wurde vorgeworfen,

Ramush Haradinaj wurde vorgeworfen, als Führer der UÇK in der Kriegszone Dukagjini für Misshandlungen und Ermordungen verantwortlich gewesen zu sein.

als Führer der UÇK in der Kriegszone Dukagjini für Misshandlungen und Ermordungen verantwortlich gewesen zu sein. Gerüchte über eine Anklage waren bereits kurz nach den Wahlen 2004 im Kosovo aufgekommen. Damals plante die Demokratische Liga des Kosovos (LDK) eine Koalition mit der AAK, die Haradinaj zum Premierminister des Landes wählen sollte. Zahlreiche Zeitungen schrieben damals, Präsident Rugova stünde unter enormem internationalem Druck, diese Koalition nicht einzugehen, da eine Anklage gegen Haradinaj bald öffentlich gemacht werden sollte. Viele rieten Haradinaj davon ab, in die Regierung einzutreten, da die Anklage gegen ihn schon beschlossene Sache sei. Trotz alledem einigten sich die beiden Politiker darauf, eine Koalition zu bilden, die Haradinaj zum Regierungschef wählte.

Als es erwartungsgemäß zu einer Anklage kam, fiel diese in eine emotional sehr kritische Zeit, nur ein Jahr nach den blutigen Unruhen im März 2004 zwischen Serben und Albanern rund um die Stadt Graçanica. Dabei wurden 18 kosovarische Bürger aus allen ethnischen Gruppen getötet. Zahlreiche Menschen wurden vertrieben, ihre Häuser wurden ebenso zerstört wie kulturelle und religiöse Einrichtungen. Viele fürchteten, dass es wieder zu einer Eskalation

48 | „UN court acquits top Kosovo rebel“, *BBC News*, 30.11.2005, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/4485658.stm> [13.03.2013].

49 | ICTY, „Haradinaj et al. The Prosecutor v. Ramush Haradinaj, Idriz Balaj & Lahi Brahimaj“, Case Information Sheet, http://icty.org/x/cases/haradinaj/cis/en/cis_haradinaj_al_en.pdf [13.03.2013].

kommen könnte.⁵⁰ Am 8. März 2005 trat Haradinaj als Premierminister zurück und gab seine freiwillige Überstellung nach Den Haag bekannt. Dies verstehe er als Verpflichtung gegenüber dem Völkerrecht und als Mission, um die Reinheit des Freiheitskampfes der UÇK zu schützen.⁵¹ Die Auswirkungen dieser Vorgehensweise waren entscheidend für die innere Stabilität des Kosovos, aber auch auf internationaler Ebene wurde Haradinajs Schritt positiv gewertet.⁵²

Im Prozess präsentierte die Verteidigung eine Reihe von Zeugen, die Misshandlungen und Ermordungen in der Kriegszone Dukagjini widerlegen sollten. Er wurde von gegenseitigen Vorwürfen wegen Drohungen gegen Zeugen begleitet, die jedoch nicht bewiesen werden

Der Prozess gegen Haradinaj wurde von gegenseitigen Vorwürfen wegen Drohungen gegen Zeugen begleitet, die jedoch nicht bewiesen werden konnten. Am 3. April 2008 sprach ihn das Gericht aus Mangel an Beweisen frei.

konnten. Am 3. April 2008 sprach das Gericht Haradinaj und seinen UÇK-Kameraden Idriz Balaj aus Mangel an Beweisen frei, Lahi Brahimaj hingegen wurde wegen Folter zu sechs Jahren Haft verurteilt.⁵³ Im Jahr 2010 kam es zu einer Wiederaufnahme des Prozesses mit der Begründung, dass einige Zeugen nicht gehört worden seien, deren Aussagen entscheidend sein könnten.⁵⁴ Die Wiederaufnahme wurde von heftigen Reaktionen im Kosovo begleitet, da man sie als rein politisch interpretierte und meinte, eine Tendenz der Chefanklägerin Del Ponte zu erkennen, beide Seiten, Serben und Kosovaren, gleichermaßen für schuldig zu halten.

Die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Haradinaj, Balaj und Brahimaj nahm lange Zeit in Anspruch. Erst am 29. November 2012 fällte das Haager Tribunal eine Entscheidung und sprach die Angeklagten wegen Mangels an Beweisen frei.⁵⁵ Das Gericht ging zwar nach wie vor davon aus, dass die UÇK im Krieg Serben, Albaner und Roma

50 | International Crisis Group (ICG), „Kosovo after Haradinaj“, *Europe Report*, Nr. 163, 26.05.2005, 1, http://crisisgroup.org/~media/Files/europe/163_kosovo_after_haradinaj.pdf [13.03.2013].

51 | Ebd., 2.

52 | Lundrim Aliu, „Kosovo Prime Minister Resigns to Face War Crimes Charges at The Hague“, *Southeast European Times*, Priština, 09.03.2005, http://setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/features/setimes/features/2005/03/09/feature-01 [13.03.2013].

53 | Fn. 49.

54 | Ebd.

55 | Ebd.

gekidnappt, gefoltert und ermordet hatte, es gelang aber nicht, im Kosovo mit seiner ausgeprägten Clan- und Familienstruktur Zeugen zu finden, die zu einer Aussage bereit waren. Die Freisprüche lösten im Kosovo Freude aus. Tausende Bürger des Landes eilten zum zentralen Platz in Priština, wo die Urteilsverkündung vom kosovarischen Fernsehen direkt übertragen wurde. Bei seiner Rückkehr in den Kosovo wurde Haradinaj als Held gefeiert. Er steht nun bereit, wieder aktiv in die Politik im Kosovo einzugreifen. Premier Thaci wertete das Urteil als endgültigen Beweis für einen sauber geführten Freiheitskampf der Kosovaren.⁵⁶ Von serbischer Seite wurde der Freispruch als Schlag gegen Serbien interpretiert. Präsident Nikolić zweifelte die Glaubwürdigkeit des Urteils an und vertrat die Ansicht, das VN-Tribunal sei geschaffen, um das „serbische Volk zu verurteilen“ – eine Meinung, die von vielen serbischen Politikern geteilt wurde.⁵⁷

Die ICTY-Fälle im Kosovo zeigen, wie stark die Macht etablierter Politiker mit starken Verwurzelungen im Land ist und dass es stets große Angst und Vorbehalte gab und gibt, als Zeugen gegenüber früheren hohen UÇK-Funktionären auszusagen. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, so dass viele Täter im Dunkeln bleiben werden.

VERSÖHNUNG IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA – EIN SCHRITT NACH VORN, ZWEI ZURÜCK

Knapp 18 Jahre nach Beendigung des Krieges bleiben die Resultate der Bemühungen um Versöhnung in Bosnien und Herzegowina mager. Nach wie vor fehlt eine offene Auseinandersetzung mit der Kriegsvergangenheit.

In Bosnien und Herzegowina (BuH) gibt es eine Fülle von Versöhnungsinitiativen. Doch knapp 18 Jahre nach Beendigung des Krieges bleiben die Resultate der Bemühungen mager. Nach wie vor fehlt eine offene Auseinandersetzung mit der Kriegsvergangenheit.

Dieser Mangel zementiert die ethnozentrierten Geschichts- und Feindbilder in der Bevölkerung. Verantwortlich dafür ist die Untätigkeit der Politik: Während den Parteien des Landes die nationalen Gräben recht sind, um so leichter ihre Wähler zu mobilisieren, greifen die regionalen Initiativen

56 | „Thaci welcomes the verdict for release of Ramush Haradinaj and his comrades-in-arms“, Kosovapress, 29.11.2012, <http://kosovapress.com/?cid=2,86,156417> [13.03.2013].

57 | „Verdict unjust, political, say Serbian officials“, News Agency B92, 29.11.2012, http://b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2012&mm=11&dd=29&nav_id=83397 [13.03.2013].

nicht an die Wurzel des Problems. Auch der internationalen Strafjustiz sind Grenzen gesetzt. Die Urteile und Verfahren des Haager Tribunals trugen nicht dazu bei, ein gemeinsames Geschichtsverständnis in BuH zu entwickeln. Dennoch böten sich angesichts der Veränderungen in der Gesellschaft Chancen für einen Versöhnungsprozess: Der Wunsch nach Verständigung nimmt bei den Menschen zu. Der Nationalismus verliert an Wirkungskraft.

Zerrissene Gesellschaft

Bosnien-Herzegowina hat durch den vierjährigen Krieg einen beachtlichen Anteil seiner früheren Bevölkerung verloren. Davor lebten nach der Volkszählung von 1991 4,4 Millionen Einwohner in BuH. Davon waren 44 Prozent muslimische Bosniaken, 31 Prozent Serben, 17 Prozent Kroaten. Den Kämpfen fielen ca. 100.000 Menschen zum Opfer, die Hälfte der Bevölkerung wurde vertrieben. Ungefähr 7.500 Menschen leben in Flüchtlingslagern.⁵⁸ Vielen ist der Krieg deshalb auch Jahre danach immer noch präsent.

Die Gesellschaft des Landes ist zerrissen. **Trotz der Versuche, den Menschen eine Rückkehr in ihre Heimatorte zu ermöglichen, hat sich die Zusammensetzung durch Krieg, Flucht und Vertreibung unwiderruflich verändert.** Zwar leben die Volksgruppen vielerorts weiterhin zusammen. Aber die Zusammensetzung war vor dem Krieg wesentlich heterogener. Die Zahl der monoethnischen Gemeinschaften hat zugenommen.⁵⁹

Die Binnenflüchtlinge zogen überwiegend in die größeren Städte des Landes. Viele sind dort geblieben. Diejenigen, die in ihre oftmals ländlichen Heimatorte zurückgekehrt

58 | Über die Hälfte der Bevölkerung wurde aus ihren Heimatorten vertrieben. Davon sind etwa 1,2 Millionen ins Ausland geflüchtet. Schätzungen der Tageszeitung *Oslobodjene* von 2010 zufolge sind davon ca. 800.000 Bürger dort geblieben. Nach dem Krieg sind ca. eine Million Menschen wieder an ihre früheren Orte zurückgekehrt. Davon waren ca. 50 Prozent „Minderheitsrückkehrer“, d.h. Rückkehrer, die sich heute in ihrem Vorkriegswohnort in der Minderheit befinden.

59 | Z.B. Mostar: 1991, 126.000 Einwohner, davon: 35 Prozent Bosniaken, 34 Prozent Kroaten, 19 Prozent Serben, heute: 111.000 Einwohner, davon 47 Prozent Bosniaken, 48 Prozent Kroaten, drei Prozent Serben (Schätzungen der Tageszeitung *Oslobodjenje*).

sind, kämpfen dort mit einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Zwar ist die Situation überall in Bosnien und Herzegowina schwierig, aber die Arbeitslosenquote ist in den Gegenden fern der großstädtischen Zentren meist noch viel höher.⁶⁰ Besonders die Rückkehrer sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Da sie sich heute einer ethnisch anders zusammengesetzten Gesellschaft gegenübersehen, in der sie häufig die Minderheit bilden, ist es für sie noch schwieriger, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Diskriminierung ist verbreitet.

Bosnien und Herzegowina ist in zwei Entitäten geteilt: die Föderation von BuH mit ca. 2,3 Millionen Einwohnern, überwiegend Kroaten und Bosniaken, und die Republika Srpska mit 1,4 Millionen, meist serbischen Einwohnern.

Die Teilung der Gesellschaft spiegelt sich auch im administrativen Bau des Landes wider. Bosnien und Herzegowina ist in zwei Entitäten geteilt, die Föderation von BuH mit ca. 2,3 Millionen Einwohnern, überwiegend Kroaten und Bosniaken, und die Republika Srpska (RS) mit 1,4 Millionen Einwohnern, in der die Serben faktisch die Mehrheit bilden. Darüber hinaus gibt es den Distrikt Brčko mit 75.000 Einwohnern, der bis vor Kurzem noch unter direkter Aufsicht der internationalen Gemeinschaft stand.⁶¹ Gleichzeitig besteht aber die Aufsicht in Gestalt des Hohen Repräsentanten (HR) über Bosnien und Herzegowina fort.⁶² Ein Großteil der früheren serbischen

60 | Es gibt unterschiedliche Angaben zur Arbeitslosenquote in BuH. Der Foreign Investor Councils ging 2011 von ca. 43 Prozent aus. Siehe: Foreign Investors Council BiH, „Macroeconomic Overview“, <http://fic.ba/macro.html> [13.03.2013]. Nach der ILO-Definition lag die Quote allerdings bei nur 28 Prozent. Letztere Zahl berücksichtigt die weit verbreitete Schwarzarbeit. Die Angaben stammen von der Statistikagentur BiH, <http://bhas.ba/index.php?lang=en> [13.03.2013]. Die Zahl der Arbeitslosen in Maglaj, einer mittleren Stadt in Mittelbosnien, lag 2010 bei ca. 63 Prozent, in Srebrenica, Ostbosnien, bei 48,05 Prozent. Allerdings ist auch hier davon auszugehen, dass unter Berücksichtigung der Schwarzarbeit die Angaben niedriger wären. Demgegenüber waren im Zentrum Sarajevos nur ca. 16 Prozent arbeitslos gemeldet. Für Maglaj, Srebrenica und Sarajavo Centar, siehe Angaben: Moje Mjesto, Analitika, Centar za druzstveni istrazivanje, <http://mojemjesto.ba/en> [13.03.2013].

61 | Die Supervision von Brčko wurde am 31.08.2012 suspendiert. „Brčko Supervisor Roderick Moore Suspends Functions“, OHR Press Office, 31.08.2012, http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content_id=47427 [13.03.2013].

62 | Der Hohe Repräsentant wurde 1995 durch die Resolution 1031 des VN-Sicherheitsrates eingerichtet und ist für die Umsetzung der zivilen Aspekte des Dayton-Abkommens zuständig. Derzeitiger Amtsinhaber ist der österreichische >

Bevölkerung aus den Gebieten der Föderation von BuH lebt heute in Banja Luka, der größten Stadt der Republika Srpska. Bosniaken und Kroaten wiederum, die während des Krieges aus dem heutigen Gebiet der RS geflohen waren, siedelten sich in den städtischen Zentren der Föderation an.⁶³

Die Grenzen der Strafjustiz

Die Gerichtsverfahren in Den Haag sind für Bosnien und Herzegowina von hoher Bedeutung, da auf seinem Territorium die schwerwiegendsten Verbrechen verübt worden waren. Ganz oben auf der Liste steht der Völkermord in Srebrenica, Ostbosnien, im heutigen Gebiet der Republika Srpska. Im Juli 1995 ermordeten serbische Truppen unter dem Kommando des ehemaligen Generals der RS-Streitkräfte, Ratko Mladić, in Srebrenica und Umgebung ungefähr 8.000 bosniakische Männer und Jugendliche. Nicht nur die vielen Opfer machen dieses Verbrechen zu einem der schlimmsten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auch durch seine Grausamkeit sticht es hervor. Um den Mord zu vertuschen, gruben die Einheiten die Leichen nach dem Massaker wieder aus und verscharrten sie an verschiedenen Orten in der Nähe von Srebrenica. Dies erschwert die Identifizierung der Opfer. Bis heute warten viele Hinterbliebene darauf, die ermordeten Familienangehörigen oder Freunde beerdigen zu können.⁶⁴

Das Verscharren der Leichen an verschiedenen Orten erschwert die Identifizierung der Opfer. Bis heute warten viele Hinterbliebene darauf, die ermordeten Familienangehörigen oder Freunde beerdigen zu können.

Diplomat Valentin Inzko. Der HR verfügt über weitreichende Befugnisse. Bei Verstößen gegen das Dayton-Abkommen kann er Entscheidungen oktroyieren und – falls erforderlich – sogar Personen ihrer Ämter entheben. Rechenschaftspflichtig ist er nur dem Friedensimplementierungsrat, nicht jedoch der Regierung von Bosnien-Herzegowina. Seit mehreren Jahren drängt die internationale Gemeinschaft, den OHR zu schließen und Bosnien-Herzegowina in die Souveränität zu entlassen. Die dafür notwendigen Bedingungen (5 plus 2) wurden jedoch noch nicht erfüllt.

63 | Hierzu gehören insbesondere Sarajevo, Mostar und Tuzla. Viele sind aber auch ins Ausland geflüchtet und dort geblieben.

64 | 2012 wurden 520 neu identifizierte Opfer beerdigt. Für 2013 wird eine ähnliche Zahl erwartet. Zu den Hintergründen, siehe: Sabina Wölkner und Ivana Marić, „15 Jahre Srebrenica – Zeit für Versöhnung?“, KAS-Länderbericht, 19.07.2010, http://kas.de/wf/doc/kas_20155-1522-1-30.pdf [13.03.2013].



Das Massaker von Srebrenica im Juli 1995 gilt als das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Ermittlungskommission des ICTY ließ im Juli 1996 ein erstes Massengrab öffnen. | Quelle: © ICTY.

Mladićs Festnahme in Serbien im Mai 2011 war für die Menschen in Bosnien und Herzegowina eine Sensation. Nicht wenige hatten die Hoffnung darauf aufgegeben.⁶⁵ Der Haager Prozess gegen ihn ist für die Hinterbliebenen der Opfer allerdings nur ein schwacher Trost. Er macht die Toten nicht wieder lebendig. Dennoch sind viele Menschen davon überzeugt, dass Mladić seine gerechte Strafe erhält. Senida Karović, die Vorsitzende der Union für zivile Kriegsoffer im Kanton Sarajevo, erklärte: „Der Schmerz ist zwar so stark, dass ich niemals völlige Zufriedenheit empfinden werde. Aber gefragt ist die moralische Genugtuung, dass jeder, der Böses an unschuldigen Bürgern aus Bosnien und Herzegowina begangen hat, sich letztlich dafür verantworten muss.“⁶⁶ Der aus Srebrenica stammende bosniakische Politiker Sadik Ahmetović fügte hinzu: „Die Festnahme ist eine Genugtuung. Sie zeigt, die Wahrheit kommt langsam, aber unausweichlich ans Licht.“⁶⁷ Doch nicht alle Politiker in Bosnien und Herzegowina feierten dieses Ereignis.

65 | Eine Umfrage der bosniakischen Tageszeitung *Dnevni Avaz* ergab, dass ca. 47 Prozent der Befragten von der Festnahme überrascht gewesen seien. Knapp 50 Prozent haben jedoch damit gerechnet. Nur knapp drei Prozent gaben an, dazu keine Meinung zu haben, in: *Dnevni Avaz*, 27.05.2011, 3.

66 | Žana Kovačević, „BiH: Hapšenje Mladića satisfakcija za sve žrtve“, *Radio Slobodna Evropa*, 26.05.2011, http://slobodnaevropa.org/content/bih_hpsenje_satisfakcija_za_sve_zrtve/24205952.html [13.03.2013].

67 | Ebd.

Kühler fielen die Reaktionen der bosnischen Serben aus. In der Stellungnahme des serbischen Präsidiumsmitglieds Nebojša Radmanović heißt es lediglich, mit der Festnahme habe Serbien eine internationale Bedingung erfüllt.⁶⁸ Und der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, gab bekannt, er werde Serbiens Präsident Tadić dazu nicht gratulieren, und fügte hinzu: „Die Festnahme wird die Stabilität der Republika Srpska nicht gefährden.“⁶⁹ Der RS-Präsident und Vorsitzende der Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) erkennt den Völkermord in Srebrenica nicht an. Er leugnet ihn regelmäßig, oftmals im Vorfeld von Wahlen.⁷⁰ Das freut serbische Nationalisten und missfällt den Bosniaken. Dodik und sein politisches Umfeld glauben, so bei den Wählern zu punkten. Umfragen belegen: Viele Serben lehnen die Auslieferung Mladićs ab. Mehr als die Hälfte wirft dem Haager Tribunal vor, parteiisch zu sein.⁷¹ Da hilft es auch nicht, dass Chefankläger Brammertz die Festnahme Mladićs zu einem wichtigen Tag für die internationale Wahrheit erklärte.⁷²

Umfragen belegen: Viele bosnische Serben lehnen die Auslieferung Mladićs ab. Mehr als die Hälfte wirft dem Haager Tribunal vor, parteiisch zu sein.

Viele Serben sehen sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Die Freisprüche der kroatischen Generäle Gotovina und Markač verstärken dieses Empfinden.⁷³ Um keine Wähler zu vergraulen, vermeiden es bosnisch-serbische Politiker deshalb, in der Öffentlichkeit auf die Anklagepunkte gegen den Ex-General einzugehen. Sie erklären, die Auslieferung sei notwendig gewesen, um Serbiens Weg in die EU nicht

68 | Ebd.

69 | „Mladićevo hapšenje neće se odraziti na mir i stabilnost u RS-a“, Klix vijesti, 26.05.2011, <http://klix.ba/vijesti/bih/110526085> [13.03.2013]; „Dodik: Nisam Tadiću čestitao hapšenje Mladića“, Klix vijesti, 02.06.2011, <http://klix.ba/vijesti/bih/110602002> [13.03.2013].

70 | Sabina Wölkner, „Lokalwahlen in Bosnien und Herzegowina: Ist der Nationalismus auf dem Rückzug?“, KAS-Länderbericht, 09.10.2012, http://kas.de/wf/doc/kas_32356-1522-1-30.pdf [13.03.2013]; „Dodik ponovio u Srebrenici: Ovdje nije bilo genocida!“, Vijesti, 24.09.2012, <http://vijesti.ba/vijesti/bih/107068-.html> [13.03.2013].

71 | Nach einer Umfrage unterstützen 34 Prozent die Festnahme, 40 Prozent glauben, Mladić sei ein Kriegsheld. 53 Prozent werfen dem Haager Tribunal vor, parteiisch zu sein. „Limited Support for Mladic Arrest: Poll“, *Bosnia Daily*, 17.05.2011, 11.

72 | Mirjana Rakela, „Brammertz: Važan dan za međunarodnu pravdu“, *Radio Slobodna Evropa*, 26.05.2011, <http://slobodnaevropa.org/content/brammertz/24205937.html> [13.03.2013].

73 | Siehe dazu die Abschnitte über Kroatien und Serbien in diesem Beitrag.

zu gefährden.⁷⁴ Doch bereits dieser Schritt geht einigen zu weit. Mladen Bosić, Vorsitzender der „Serbischen Demokratischen Partei“, jener Partei, die einst Karadžić anführte, wirft Serbien vor, sich den Forderungen des Westens zu beugen, ohne dafür im Gegenzug etwas zu erhalten.⁷⁵ Um nicht als Landesverräter dazustehen, verkündete Dodiks Premierminister Aleksandar Džombić, die RS-Regierung werde die finanziellen Mittel für Mladićs Verteidigung bereitstellen.⁷⁶ Dies hat sich nicht bewahrheitet. Džombićs Vorstoß verfolgte aber ein anderes Ziel: Er richtete sich an die serbische Bevölkerung und sollte diese in ihrem ethnozentrierten Geschichtsbild bestätigen. Darin verstehen sich die bosnischen Serben wie die anderen Volksgruppen als Opfer des Krieges, von einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fehlt jede Spur.



Der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, leugnet im Vorfeld von Wahlen regelmäßig den Völkermord. | Quelle: servis DS / flickr (CC BY).

74 | Srđan Janković, „Konačno suočavanje Srbije sa haškim obavezama“, *Radio Slobodna Evropa*, 26.05.2011, <http://slobodnaevropa.org/content/crna/24206134.html> [13.03.2013].

75 | Eldin Hadžović und Dražen Remiković, „Mladic Divides Bosnia Once Again“, *Birn*, <http://bim.ba/en/271/10/32562/?tpl=30> [13.03.2013].

76 | Aleksandar Dzombic, „Izdvojit cemo novac za odbranu Mladica“, *Mojevijesti*, 02.06.2011, <http://mojevijesti.ba/novost/85127> [13.03.2013].

Neben Mladić und dem einstigen RS-Kriegspräsidenten Karadžić stand der als Mladićs „rechte Hand“ bekannte Ex-General Zdravko Tolimir in Den Haag vor Gericht. Er wurde jüngst zu einer lebenslangen Haftstrafe wegen seiner maßgeblichen Planung und Umsetzung des Massakers von Srebrenica verurteilt.⁷⁷ Diese Verfahren und Urteile gelten als wichtige Erfolge, denn sie bringen Fakten über die verübten Kriegsverbrechen ans Licht und ziehen die Täter zur Rechenschaft.⁷⁸ Die Verdienste des ICTY sind in dieser Hinsicht unbestritten. Die Reaktionen in Bosnien und Herzegowina offenbaren jedoch die Grenzen der internationalen Strafjustiz: Dem Tribunal ist es nicht gelungen, mit seiner Arbeit eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Krieg in Bosnien und Herzegowina auszulösen.⁷⁹

Die Reaktionen in Bosnien und Herzegowina offenbaren die Grenzen der internationalen Strafjustiz: Dem Tribunal ist es nicht gelungen, mit seiner Arbeit eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Krieg auszulösen.

Nicht alle sehen dafür ausschließlich das mangelnde Interesse in der lokalen Bevölkerung, wie etwa bei den bosnischen Serben, verantwortlich. Nach Meinung des Srebrenica-Überlebenden Hasan Nuhanović trägt auch die internationale Gemeinschaft Schuld an dieser Entwicklung. Sie messe mit zweierlei Maß. Nie habe sie Ermittlungen über das eigene Versagen in den Kriegsgebieten zugelassen und dafür Verantwortung übernommen.⁸⁰ Nuhanović hält dies für skandalös. Er verlor in Srebrenica Eltern und Bruder. Im vergangenen Jahr zog er vor ein Gericht in den Niederlanden und legte dort den niederländischen Blauhelmen den Tod seiner Familienangehörigen zur Last. In der Tat erklärte das Gericht die Niederlande für schuldig am

77 | „Ex-General Tolimir zur lebenslangen Haft verurteilt“, *Zeit Online*, 12.12.2012, <http://zeit.de/politik/ausland/2012-12/kriegsverbrechen-gerichtshof-zdravko-tolimir-urteil> [13.03.2013].

78 | Eine Auflistung der Gründe findet sich bei: Martina Fischer, „Friedens- und Versöhnungsprozess im westlichen Balkan – Von den Schwierigkeiten des Umgangs mit gewaltsamer Vergangenheit“, Berghof Working Paper, Nr. 4, http://berghof-conflictresearch.org/documents/publications/wp4d_mf_znf.pdf [13.03.2013].

79 | Ebd., 6 f.

80 | Nuhanovic thematisiert die Vorwürfe in seinem Buch *Under The UN Flag: The International Community and the Srebrenica Genocide*, Sarajevo, 2007.

Tod der Opfer.⁸¹ Der Sieg gilt anderen Hinterbliebenen als Hoffnungszeichen. Auch sie wollen klagen.⁸²

Halbherzige Politik

Zweifelsohne nimmt der Druck der Zivilgesellschaft auf die internationale Gemeinschaft zu.⁸³ Neben Hasan Nuhanović kritisierte der Berliner Künstler Phillip Ruch die Vereinten Nationen für ihre mangelnde Bereitschaft, sich der Verantwortung zu stellen. Mit der vor dem Brandenburger Tor errichteten „Säule der Schande“ verurteilte er das Versäumnis der VN, das Massaker in Srebrenica zu verhindern. Das

So wichtig die Diskussion um ein Denkmal für die Bewertung des internationalen Kriseneinsatzes im ehemaligen Jugoslawien ist – sie ist kein Ersatz für die Aufarbeitung der Kriegsergebnisse.

Denkmal stieß bei den Bosniaken auf Begeisterung.⁸⁴ Doch so wichtig diese Diskussion für die Bewertung des internationalen Kriseneinsatzes im ehemaligen Jugoslawien ist – sie ist kein Ersatz für die Aufarbeitung der Kriegsergebnisse in den Volksgruppen von Bosnien und Herzegowina. Der Beitrag der einheimischen Politik ist dazu zu gering. Zwar mangelt es nicht an Initiativen, teils auf höchster politischer Ebene, doch kamen diese über allgemeine Absichtserklärungen nicht hinaus. So war die mit Pomp verabschiedete Istanbul Deklaration bald wieder von der Bildfläche verschwunden.

Das wundert kaum, denn die am 24. April 2010 vom türkischen Präsidenten Abdullah Gül initiierte und gemeinsam mit Serbiens Präsident Boris Tadić und dem bosniakischen Präsidiumsmitglied Haris Silajdžić unterzeichnete Deklaration enthielt nur vage Ziele. Die Beteiligten unterstrichen, „alle Schritte zu unternehmen, um Frieden, Stabilität und

81 | Amnesty International, „Court rules Netherlands responsible for three Srebrenica deaths“, 05.07.2011, <http://amnesty.org/en/news-and-updates/court-rules-netherlands-responsible-three-srebrenica-deaths-2011-07-05> [13.03.2013].

82 | Adelheid Wölfl, „Folgenschweres Srebrenica-Urteil“, *Der Standard*, 06.07.2012, <http://derstandard.at/1308680581653/Folgenschweres-Srebrenica-Urteil> [13.03.2013].

83 | Diese Forderung erhebt z.B. Heather McRobie, „What stands in the way of Bosnia reconciliation“, *The Guardian*, 21.06.2010, <http://guardian.co.uk/commentisfree/2010/jun/21/bosnia-still-waits-reconciliation> [13.03.2013].

84 | Ruch errichtete einen Berg aus 16.744 Schuhen, die er in Bosnien-Herzegowina gesammelt hatte. Darüber stand das Kürzel der Vereinten Nationen. Die Schuhe standen für die Srebrenica-Opfer. Vgl. Philipp Lichterbeck, „16.744 Schuhe“, *Der Tagesspiegel*, 08.07.2010, <http://tagesspiegel.de/kultur/1877478.html> [13.03.2013].

Wohlstand in der Region zu sichern“.⁸⁵ Was diese Schritte beinhalten, blieb jedoch offen. Trotz der geringen Angriffsfläche rief die Deklaration beim serbischen Präsidiumsmitglied Radmanović scharfe Kritik hervor. Sie sei unnötig und werde nicht zur Stabilität in Bosnien und Herzegowina beitragen.⁸⁶ Silajdžić warf er vor, er habe mit der Unterzeichnung seine Befugnisse überschritten. Es gelte, Vereinbarungen in gemeinsamer Absprache zu treffen.⁸⁷ Dieses Argument offenbart die Intention seines Frontalangriffs, der mit den eigentlichen Inhalten des Abkommens wenig zu tun hatte. Vielmehr kommt darin der Dauerkonflikt zum Ausdruck, der seit Jahren zwischen bosniakischen Politikern wie Silajdžić und den bosnisch-serbischen Vertretern wie Radmanović schwelt: Während die Bosniaken überwiegend für die Stärkung des Gesamtstaats eintreten, wollen die Serben ein dezentralisiertes Staatswesen, in dem die Republika Srpska ihre Autonomie ausweiten kann. Die Kroaten befinden sich zwischen beiden Positionen. Allerdings nähern sich führende kroatische Politiker der „serbischen Denkweise“ an und fordern zunehmend eine eigene föderale Einheit, in der die Kroaten die Mehrheit darstellen.⁸⁸

Während die Bosniaken überwiegend für die Stärkung des Gesamtstaats eintreten, wollen die Serben ein dezentralisiertes Staatswesen, in dem die Republika Srpska ihre Autonomie ausweiten kann.

Die Unterzeichnung des Abkommens deutete Radmanović als Angriff auf das „nationale Interesse“ der Serben in Bosnien und Herzegowina, faktisch: auf die Autonomie der Republika Srpska. Ebenso argumentierte sein Parteichef, RS-Präsident Dodik. Radmanovićs Kritik an der türkischen Initiative hatte wahltaktische Motive und sollte ihm und Dodiks SNSD den Rücken bei den anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober stärken. Dieser Verdacht liegt nahe, da Radmanović gegen die Folgetreffen

85 | Igor Jovanovic, „New Beginnings in the Balkans?“, International Relations and Security Network (ISN), ETH Zurich, 21.05.2010, <http://isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Articles/Detail/?id=116496> [13.03.2013].

86 | „Nebojša Radmanović: Deklaracija nepotrebna“, Blic online, 26.04.2010, <http://srb.time.mk/read/f6129acac5/a2be1d2e51/index.html> [13.03.2013].

87 | „Radmanović: Silajdžić krši Ustav BiH!“, Vesti online, 25.04.2010, <http://vesti-online.com/Vesti/Ex-YU/47841/Radmanovic-Silajdzic-krsi-Ustav-BiH> [13.03.2013].

88 | Vgl. „Čović: Zalagat ćemo se za treći entitet i Mostar kao stolni grad“, Hercegovina.info, 26.08.2011, <http://hercegovina.info/vijesti/vijesti/politika/covic-zalagat-cemo-se-za-treci-entitet-i-mostar-kao-stolni-grad> [13.03.2013].

plötzlich keine Einwände mehr hatte. So hinsichtlich des Treffens in Karađorđevo, ein Jahr nach Istanbul, auf Einladung des serbischen Präsidenten Tadić und unter der Teilnahme des türkischen Präsidenten Gül. Radmanović reiste mit dem kroatischen Präsidiumsmitglied Željko Komšić an. Zuvor war er bei den Wahlen knapp im Amt bestätigt worden und die SNSD hatte die meisten Stimmen erhalten. Auf bosniakischer Seite dagegen hatte es Veränderungen gegeben: Anstelle von Silajdžić kam Bakir Izetbegović, der sich in den Präsidentschaftswahlen gegen den Amtsträger durchgesetzt hatte.

Dodik strebte die Volksabstimmung an, um faktisch dem gesamtstaatlichen Strafgerichtshof und der Staatsanwaltschaft die Legitimitätsgrundlage zu entziehen – eine Forderung, die die internationale Gemeinschaft zurückwies.

Auch in Karađorđevo blieben die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück.⁸⁹ Hintergrund war das geplante Referendum in der Republika Srpska. Dodik strebte die Volksabstimmung an, um faktisch dem gesamtstaatlichen Strafgerichtshof und der Staatsanwaltschaft

die Legitimitätsgrundlage zu entziehen⁹⁰ – eine Forderung, die die internationale Gemeinschaft zurückwies.⁹¹ Dodiks Referendumsabsichten überschatteten die Gespräche in Karađorđevo. Sie rückten die eigentlichen Themen in den Hintergrund. So wurden zwar Serbiens umstrittene Auslieferungsgesuche diskutiert, ausgelöst durch die Festnahme Ejup Ganićs, des einstigen Mitglieds des Kriegspräsidiums der Republik von BiH, und des früheren Militärkommandanten von Sarajevo, Jovan Divjak. Die Vorfälle hatten die Beziehungen zwischen Serbien und Bosnien-Herzegowina erheblich belastet.⁹² Allerdings gelang es den Staatsoberhäuptern nicht, die Problematik zu lösen. Dabei schien der

89 | „Leaders of Serbia, Bosnia, Turkey discuss cooperation in Karadjordjevo“, Daily tPortal.hr, 26.04.2011, <http://daily.tportal.hr/124532/Leaders-of-Serbia-Bosnia-Turkey-discuss-cooperation-in-Karadjordjevo.html> [13.03.2013].

90 | Ian Traynor, „Bosnia in worst crisis since war as Serb leader calls referendum“, *The Guardian*, 28.04.2011, <http://guardian.co.uk/world/2011/apr/28/bosnia-crisis-serb-leader-referendum> [13.03.2013].

91 | Durch den Einsatz der EU gelang es, Dodik von dieser Idee abzubringen. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Lady Ashton, bot ihm einen „EU-geführten strukturierten Justizdialog“ an, wenn er seine Referendumspläne begräbt. Siehe dazu „Fulfilling the Promise of the Structured Dialogue“, BiH Dayton Project, 08.03.2012, <http://bihdaytonproject.com/?p=1155> [13.03.2013].

92 | Beiden warf Serbien Kriegsverbrechen gegen JNA-Soldaten im so genannten „Vorfall an der Dobrovoljacka-Straße“ vor. Zu den Hintergründen: Sabina Wölkner, „Ambivalente Ver- ▶

Ort für neue Weichenstellungen in den trilateralen Beziehungen ideal. In Karadžorđevo hatten einst am 25. März 1991 Kroatiens Präsident Franjo Tuđman und der serbische Präsident Milošević Gespräche über die Krise in Jugoslawien geführt. Angeblich soll hier auch die Aufteilung von Bosnien und Herzegowina zwischen beiden Ländern vereinbart worden sein.⁹³

Das Treffen der Staatsoberhäupter hatte die Chance geboten, das düstere Vermächtnis von Karadžorđevo in den Köpfen vieler Menschen zu verdrängen. Man hatte gehofft, in den Worten des kroatischen Präsidiumsmitglieds Komšić, auf „die endgültige Abrechnung mit den bösen Geistern und Vampiren der Vergangenheit“.⁹⁴ Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Die Abrechnung blieb aus, auch weil dies für Serbien und Kroatien nicht im Fokus stand. Beide Länder legten mehr Wert auf EU-relevante Fragen in der regionalen Zusammenarbeit.⁹⁵

Die Hoffnung, das düstere Vermächtnis von Karadžorđevo in den Köpfen vieler Menschen zu verdrängen, erfüllte sich bei den bilateralen Gesprächen nicht. Serbien und Kroatien legten mehr Wert auf EU-relevante Fragen.

Ohne Ergebnisse blieb auch das dritte Treffen, das im Februar 2012 in Bosnien und Herzegowina, auf dem Berg Jahorina in der Nähe von Sarajevo, stattfand, dem auch der kroatische Präsident Ivo Josipović beiwohnte. Zwar hatten sich die Teilnehmer darauf verständigt, sich in der Frage nach der Prozessierung von Kriegsverbrechern zu einigen. Doch dazu kam es nicht. Präsidiumsmitglied Komšić lehnte den Vorschlag von Kroatiens Präsidenten Josipović ab, die

söhnung: Belgrad, Srebrenica und der Fall Ejup Ganić“, KAS-Länderbericht, 22.04.2010, http://kas.de/wf/doc/kas_19423-1522-1-30.pdf [13.03.2013]; zum Fall Divjak: Adelheid Wölfl, „Österreich hat Fehler gemacht“, 15.06.2011, Interview mit Jovan Divjak, *Der Standard*, <http://derstandard.at/1310511388117> [13.03.2013]; „Court sets ex-Bosnian leader free“, *CNN*, 27.07.2010, <http://cnn.com/2010/WORLD/europe/07/27/england.bosnian.extradition> [13.03.2013].

93 | Vgl. ICTY, „Testimony of Stjepan Mesić from a transcript of the Milošević trial“, 02.10.2002, http://icty.org/x/cases/slobodan_milosevic/trans/en/021002ED.htm [13.03.2013].

94 | „Komšić: Samit u Karadžorđevu obračun s duhovima prošlosti“, *vesti.rs*, 26.04.2011, <http://www.vesti.rs/Vesti/komsic-samit-u-karadjordjevu-obracun-s-duhovima-proslosti.html> [19.03.2013].

95 | Darunter die Bekämpfung von Geldwäsche und der internationalen Kriminalität sowie Handelsfragen im Kontext des kroatischen EU-Beitritts. „Jahorina: Završen samit Srbije“, *Hrvatske und BiH, Nova Srpska Politicka Misao*, 03.02.2012, <http://mail.nspm.rs/hronika/jahorina-završen-samit-srbije-hrvatske-i-bih.html> [13.03.2013].

Beschuldigten an ihrem heutigen Wohnsitz vor Gericht zu stellen. Die Angeklagten galt es nach Komšićs Meinung dort vor Gericht zu stellen, wo sie ihre Verbrechen begangen hatten. Das bedeutete in den meisten Fällen in Bosnien und Herzegowina.⁹⁶ Komšićs Motiv war klar. Er wollte verhindern, dass Kriegsverbrecher, die nach Serbien oder Kroatien geflohen waren, dort womöglich mildere Haftstrafen erhalten oder, wie im Fall von Ganić und Divjak, Bürger aus Bosnien und Herzegowina auf der Grundlage umstrittener Gesuche an Serbien ausgeliefert werden müssten. Radmanović war anderer Meinung. Damit war das Präsidium von Bosnien und Herzegowina nicht beschlussfähig. Nur Serbiens Präsident Tadić unterstützte Josipovićs Vorstoß. Dass es ein Jahr später, am 31. Januar 2013, doch noch zu einer Übereinkunft kam, lag daran, dass die Staatsanwaltschaften aus Bosnien-Herzegowina und Serbien das Abkommen auf Druck der internationalen Gemeinschaft zu einer technischen Angelegenheit erklärt hatten. Die Zustimmung des Präsidiums war somit nicht mehr notwendig. Die bosniakischen Opferverbände reagierten kritisch auf diese Entscheidung.⁹⁷

Das dürftige Ergebnis der Treffen belegt ihren eher symbolischen Charakter. Daran wird sich in naher Zukunft wenig ändern, vielmehr könnte sich die Erfolgsquote noch weiter verschlechtern. Ein Grund dafür liegt in einer Äußerung von Tadićs Nachfolger Tomislav Nikolić, mit der dieser seine Amtskollegen in den Nachbarländern vor den Kopf stieß: Nikolić brachte seine Sorge zum Ausdruck, dass „Bosnien und Herzegowina vor unseren Augen zerfällt“.⁹⁸ Diese Anteilnahme kam bei den bosniakischen Politikern nicht gut an. Das bosniakische Präsidiumsmitglied Izetbegović sagte prompt seine Teilnahme an Nikolićs Amtseinführung ab.⁹⁹ Auch die Fortsetzung der in

Nikolić brachte seine Sorge zum Ausdruck, dass „Bosnien und Herzegowina vor unseren Augen zerfällt“. Diese Anteilnahme kam bei den bosniakischen Politikern nicht gut an.

96 | Ebd.

97 | So z.B. Murat Tahirovic, Präsident der Organisation Opfer und Zeugen des Genozids in Srebrenica, in der *Bosnia Daily*, 01.02.2012, 6.

98 | „Izetbegovic pisao Nikolicu: BiH nece nestati“, *Nezavisne novine*, 23.10.2012, <http://nezavisne.com/novosti/bih/Izetbegovic-64267.html> [13.03.2013].

99 | „Nakon Josipovića, i Izetbegović i Türk objavili da neće na Nikolićevu inauguraciju“, *Hrvatska riječ*, 07.07.2012, <http://hrvatska-rijec.com/2012/06/nakon-josipovica> [13.03.2013].

Istanbul initiierten Treffen wurde ausgesetzt. Zwar haben sich die Wogen mittlerweile geglättet. Es gibt sogar Anzeichen für eine Annäherung.¹⁰⁰ Aber die Grundlage ist nach wie vor fragil. Schließlich zeigte sich bei den Treffen, dass Kompromisse angesichts der diametral entgegengesetzten Positionen oftmals unerreichbar waren. Als Blockierer erwies sich vielfach Bosnien und Herzegowina, da sein Präsidium wegen der unterschiedlichen Sichtweisen auf die Kriegsvorgänge keinen gemeinsamen Beschluss fassen konnte.

Es gibt Anzeichen für eine Annäherung. Aber die Grundlage ist nach wie vor fragil. Schließlich zeigte sich bei den Treffen, dass Kompromisse angesichts der diametral entgegengesetzten Positionen oftmals unerreichbar waren.

Nationalismus und der Wunsch nach Annäherung

Die Konflikte zwischen den Präsidiumsmitgliedern haben einen innenpolitischen Ursprung. Ihre Wurzeln liegen im alltäglichen Parteienstreit in Bosnien und Herzegowina. Im Mittelpunkt steht das so genannte „nationale Interesse“. Dieses ist der entscheidende Bezugspunkt für die programmatische Ausrichtung der politischen Kräfte, die sich als Schutzmächte „ihrer“ Bevölkerungsgruppe begreifen.¹⁰¹ Um sich im Machtkampf Vorteile zu erschließen, werden diese „nationalen Interessen“ aus politischem Kalkül auch häufig konstruiert. Die Debatte ist deshalb von nationalistischer Rhetorik geprägt. Diese verstärkt sich meist vor Wahlen. Im Jahr 2006 ging Haris Silajdžićs Partei für Bosnien und Herzegowina (SBiH) mit dem Motto „100 Prozent Bosnien und Herzegowina“ ins Rennen und forderte teils offen die Auflösung der Republika Srpska. Dies erzeugte zwar eine Radikalisierung auf serbischer Seite, doch bei den Bosniaken kam dieses Auftreten an. Silajdžić setzte

100 | „Izetbegovic spreman na sastanak sa Nikolicem“, *Naslovi*, 17.01.2013, <http://naslovi.net/2013-01-17/beta/izetbegovic-spreman-na-sastanak-sa-nikolicem/4358899> [13.03.2013].

101 | Die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ BiH) und die Kroatische Demokratische Gemeinschaft 1990 (HDZ 1990) haben den Anspruch, die Interessensvertretung der Kroaten in Bosnien und Herzegowina zu sein. Die bosniakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) versteht sich als Bollwerk für den „Schutz der Bosniaken“. Die bosnisch-serbischen Parteien kämpfen für die Durchsetzung der „Interessen der Serben“. Lediglich die Sozialdemokratische Partei (SDP) scheint eine Ausnahme zu sein. Sie begreift sich als multiethnische Partei. Die Mitglieder sind jedoch überwiegend Bosniaken.

Nationalismus lässt sich in gespaltenen Gesellschaften wie Bosnien und Herzegowina von politischen Akteuren als Machtinstrument nutzen. Dies erklärt, warum Versöhnungsinitiativen in der Politik selten Wirkung zeigen.

sich im Rennen um den bosniakischen Präsidentschaftsplatz durch.¹⁰² Das Beispiel belegt: Der Nationalismus lässt sich in gespaltenen Gesellschaften wie Bosnien und Herzegowina von den politischen Akteuren als Machtinstrument nutzen. Viele haben sich deshalb mit dem permanenten Heraufbeschwören der „nationalen Interessen“ arrangiert.¹⁰³ Dies erklärt, warum Versöhnungsinitiativen in der Politik selten Wirkung zeigen. Der Wunsch, die Differenzen zu überwinden, ist gering, da es genau diese sind, die den politischen Akteuren die Macht sichern. Gefördert wird diese Politik durch das ethnisch strukturierte Staatswesen, das Konflikte entlang „nationaler Interessen“ geradezu provoziert.

Seit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2010 gibt es allerdings Anzeichen, dass der Nationalismus an Wirkungskraft verliert. Den Effekt bekam zuerst Silajdžić zu spüren. Er hatte unter den bosniakischen Kandidaten am stärksten auf die nationale Karte gesetzt. Die Bosniaken ließen sich diesmal nicht davon überzeugen und wählten den moderater auftretenden Bakir Izetbegović. Hinzu kam die Differenzierung im parteipolitischen Spektrum. Durch die Neugründung der Allianz für eine bessere Zukunft von BuH (SBBBiH) konnte sich keine bosniakische Partei mehr damit schmücken, die alleinige Interessensvertretung „ihrer“ Volksgruppe zu sein.¹⁰⁴ Dies zeigte Wirkung. Andere Themen wie etwa die Wirtschaft traten in den Vordergrund und damit die Frage, was die Parteien zur Lösung der Probleme anbieten.¹⁰⁵

102 | Christina Catherine Krause und Ivana Marić, „Analyse der allgemeinen Wahlen in Bosnien und Herzegowina am 1. Oktober 2006“, KAS-Länderbericht, 09.10.2006, http://kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_9319_1.pdf [13.03.2013].

103 | Bodo Weber, „Plötzlich ist wieder von ‚Krieg‘ die Rede“, *Zeit Online*, 20.10.2009, <http://zeit.de/2009/45/oped-Bosnien-Politik> [13.03.2013].

104 | Die Partei wurde aus dem Stand ins Parlament gewählt. Vgl. Sabina Wölkner, Ivana Marić und Sabrina Isic, „Neuer Wein in alten Schläuchen? Bosnien und Herzegowina hat gewählt“, KAS-Länderbericht, 06.10.2010, http://kas.de/wf/doc/kas_20748-1522-1-30.pdf [13.03.2013].

105 | Radoncic hatte in seinem Wahlkampf deshalb wirtschaftliche Themen in den Vordergrund gestellt. Ebd.

Auch im serbischen Spektrum deutet sich ein Umschwung an. So ging Dodiks Rechnung bei den Lokalwahlen im vergangenen Jahr nicht auf, mit dem üblichen nationalistischen Getöse ausreichend Stimmen zu sammeln. Seine Partei musste hohe Einbußen hinnehmen.¹⁰⁶ Anstelle der von Dodik heraufbeschworenen Bedrohung der Republika Srpska durch „Sarajevos Zentralisten“ dominierten im Wahlkampf lokalpolitische Themen, wie die wirtschaftliche Entwicklung, der Ausbau der Infrastruktur und die Verringerung der Arbeitslosigkeit. Auch der Kampf gegen Korruption spielte eine Rolle. Bei diesen Fragen hatte Dodiks SNSD aus Sicht der Wähler nicht überzeugt.¹⁰⁷

Die Veränderungen beim Wahlverhalten gehen einher mit einem Vertrauensanstieg zwischen den Volksgruppen. Eine aktuelle Umfrage des *Gallup Balkan Monitors* bestätigt die Trendwende. Während 51 Prozent der Bosniaken 2006 angaben, viel oder etwas Vertrauen in Serben oder Kroaten zu haben, war die Zahl 2010 auf 60 Prozent gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei Kroaten feststellen. 2006 empfand ca. die Hälfte der Befragten Vertrauen zu Serben oder Bosniaken. 2010 betrug dieses Empfinden 73 Prozent (Serben) und 63 Prozent (Bosniaken). Auch bei den Serben ist die Zahl von ca. 50 Prozent auf 67 Prozent (Kroaten) und 62 Prozent (Bosniaken) gewachsen.¹⁰⁸

Diese positive Veränderung in der Bevölkerung könnte auf die Politik Druck erzeugen, bei Entscheidungen stärker überethnische Kompromisse einzugehen.

Das heißt aber nicht, dass damit der Nationalismus aus dem politischen Alltag in Bosnien und Herzegowina verschwindet. Solange eine strukturelle Staatsreform ausbleibt, wird der Kampf um die „nationalen Interessen“ für die Parteien Dreh- und Angelpunkt bleiben. Zudem ist die ethnische Identität den Bürgern des Landes nach wie vor wichtig: 68 Prozent der Serben, 48 Prozent der Kroaten und 50 Prozent der Bosniaken bestätigten, dass sie sich stark oder sehr darüber identifizieren. Dank

Die ethnische Identität ist den Bürgern des Landes nach wie vor wichtig: 68 Prozent der Serben, 48 Prozent der Kroaten und 50 Prozent der Bosniaken bestätigten, dass sie sich stark oder sehr stark darüber identifizieren.

106 | Wölkner, Fn. 70.

107 | Die SNSD sicherte sich nur in 18 Gemeinden den ersten Rang. Bei den letzten Wahlen waren es noch 41. Ebd.

108 | „Focus on Bosnia and Herzegovina“, *Gallup Balkan Monitor*, 11/2010, 4 f., http://balkan-monitor.eu/files/Gallup_Balkan_Monitor-Focus_On_Bosnia_and_Herzegovina.pdf [13.03.2013].

des neuen Vertrauens in der Bevölkerung könnten nationalistische Ausschläge in der Politik abnehmen. Der Grund dafür ist einfach: Sie bringen den politischen Akteuren weniger ein.

Ob sich mit dieser Trendwende auch ein Fenster für die Versöhnung öffnet, ist unklar. Zwar hat eine aktuelle Studie über Versöhnung und Vertrauen in Bosnien und Herzegowina ergeben, dass unter den sich als religiös einstufenden Befragten der Wunsch nach Versöhnung gestiegen ist.¹⁰⁹ Eine solche Einstellung schließt aber nicht automatisch den Wunsch ein, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen oder gar Verantwortung dafür zu übernehmen.¹¹⁰ Die Mehrheit der Befragten steht Initiativen, die sich auf die Vergangenheit richten, kritisch gegenüber. Wichtiger erscheint ihnen, Verständigung, Frieden und Vertrauen zu fördern. Bei den Antworten spielten weder Bildung noch Geschlecht oder Alter eine entscheidende Rolle. Lediglich die Religion erwies sich als ein relevanter Faktor.¹¹¹ Die Antworten unterschieden sich auch zwischen Bosniaken, Serben und Kroaten nicht gravierend. Damit bleibt ein Hoffnungsschimmer, dass die Gesellschaft in Bosnien und Herzegowina wieder zusammenwächst. Für die Aufarbeitung der Vergangenheit bleibt aber noch ein langer Weg.

Hoffnung ruht auf Zivilgesellschaft

Viele sehen in der Konfrontation mit der Vergangenheit wenig Sinn, um die Bildung von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu unterstützen.

Knapp 18 Jahre nach Beendigung des Krieges steht die Versöhnung in Bosnien und Herzegowina immer noch am Anfang. Ursache ist die fehlende Bereitschaft zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Kriegsvorgeschichte. Während die einheimischen Politiker sich dafür nicht interessieren, da sie von den nationalen Differenzen machtpolitisch profitieren, hat die Bevölkerung von der Versöhnung andere Vorstellungen. Viele sehen in der Konfrontation mit

109 | Die Befragten, die Religion als wichtig einstufen, standen Versöhnungsinitiativen positiv gegenüber. Siehe George Wilkes et al., *Pomirenje i izgradnja povjerenja u Bosni i Hercegovini. Ispitivanje javnih stavova u četiri grada i regiona Banja Luka, Bugojno, Mostar i Sarajevo*, Centar za empirijska istraživanja religije u BiH und Project on Religion and Ethics in the Making of War and Peace, The University of Edinburgh, Sarajevo, 2012.

110 | Ebd., 11.

111 | Ebd., 15 ff.

der Vergangenheit wenig Sinn, um die Bildung von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu unterstützen. Auch dem Haager Gericht gelang es nicht, mit seinen Urteilen und Verfahren den Wunsch nach einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu stärken. Dies belegen die Reaktionen der bosnischen Serben auf die Festnahme von Ratko Mladić. Sie verdeutlichen die Grenzen der Strafjustiz für den Versöhnungsprozess.

Die Hoffnung ruht damit auf der Zivilgesellschaft, durch Initiativen diesen Prozess in Gang zu setzen. Aber auch auf der internationalen Gemeinschaft, die Politiker dazu zu bringen, zivilgesellschaftliche Initiativen stärker zu unterstützen. Allerdings besteht die Gefahr, dass diese Bemühungen erneut wenig Wirkung zeigen, solange die strukturelle Staatsreform ausbleibt und damit die Ursachen des Nationalismus in Bosnien und Herzegowina nicht behoben werden. Gleichzeitig gilt es, die wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln, um den Flüchtlingen, die in ihre Heimorte wieder zurückgekehrt sind, eine Re-Integration in die dortige Gesellschaft zu erleichtern, aber auch um größere Diversität in den neuen eher monoethnischen Gemeinschaften im Lande zu unterstützen.

FAZIT

Versöhnung gilt als Schlüssel zur Überwindung von Feindseligkeiten. Sie beugt neuer Gewalt vor und ist damit Voraussetzung für Frieden.¹¹² Unklar ist jedoch, welche Form der Versöhnung zum Erfolg führt. Und auch, unter welchen Bedingungen sie zur Friedensförderung und Konflikttransformation beitragen kann.¹¹³ Einigkeit besteht lediglich darin, dass es sich um ein komplexes Konzept handelt, das den Beteiligten viel abverlangt: Opfer müssen Tätern vergeben, Kriegsverbrecher müssen ihre Schuld eingestehen.¹¹⁴ Es gibt eine Reihe von Ansätzen, um einen Versöhnungsprozess in Gang zu setzen. Während die einen von einem *top-down*-Ansatz ausgehen und auf die

112 | Fischer, Fn. 78.

113 | Ebd.

114 | Zitiert nach Chip Hauss, Director of Search for Common Ground and professor of conflict resolution: Cate Malek, „Reconciliation in Bosnia“, 2003-2012 The Beyond Intractability Project, The Conflict Information Consortium, University of Colorado, 07/2005, <http://beyondintractability.org/casestudy/malek-reconciliation> [13.03.2013].

Verantwortung der politischen Eliten verweisen, betonen andere die Relevanz von *bottom-up*-Initiativen, die von der zivilgesellschaftlichen Ebene ausgehen.¹¹⁵ Auch die Strafjustiz dient als Mittel zur Versöhnung. Der internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür.

20 Jahre nach Einrichtung des ICTY spielt das Tribunal immer noch eine wichtige Rolle für die demokratische Entwicklung der aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Gesellschaften und für die Ausgestaltung der Beziehungen untereinander. Ohne das ICTY mit seinen Urteilsprüchen und, noch wichtiger, ohne seine Dokumentation von Kriegsverbrechen würden die Voraussetzungen für die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit in den einzelnen Ländern schwerlich existieren. Dass letztere in den meisten der Staaten, wie hier geschildert, noch in ihren Anfängen begriffen ist, ist nicht selten Folge des politischen und gesellschaftlichen Überlebens der Eliten aus den Zeiten der Kriege – und ihres mangelnden Interesses an einer Durchleuchtung der eigenen Vergangenheit. Initiativen zur Ermittlung historischer Tatsachen und zur regionalen Aussöhnung kommen deshalb zumeist von einigen mutigen, aus dem westlichen Ausland geförderten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Staatliche Bemühungen gehen bisher selten über die im Zuge der europäischen Integration geforderte Zusammenarbeit mit dem ICTY hinaus. Bilaterale Historikerkommissionen könnten aber, das zeigen das deutsch-französische oder das deutsch-polnische Beispiel, wichtige Arbeit leisten, um nicht nur überkommene Feindbilder zu überwinden, sondern um auch dringend notwendige Materialien, gestützt auf die ermittelten Tatsachen des Tribunals, für den Geschichtsunterricht in den Schulen vorzubereiten.

Durch solche Maßnahmen wird es kommenden Generationen möglich sein, sich mit der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte zu befassen, um Feindbilder und Stereotypen zu überwinden. Hierin wird auch ein Verdienst der Kriegsverbrecherprozesse in Den Haag bestehen: Wenn der Generation der heute aktiven Politiker auch noch die Fähigkeit oder der Wille zur Vergangenheitsaufarbeitung fehlt – weil sie nicht verzeihen können, weil sie selbst involviert waren

115 | Fischer, Fn. 78.

oder weil sie die feindselige Stimmung politisch ausnutzen –, so wird es doch künftigen Generationen auf der Grundlage der in Den Haag dokumentierten Fakten möglich sein, die Versäumnisse ihrer Eltern nachzuholen und aufeinander-zuzugehen.

Tabelle 1

Anklagen des ICTY

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
29.11.1996	Dražen Erdemović	Pilica Farm	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
07.05.1997	Duško Tadić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Schuldig gesprochen in elf Anklagepunkten, unschuldig in neun. Verfahren später wiederaufgenommen.
14.07.1997	Duško Tadić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
07.10.1997	Dražen Erdemović	Pilica Farm	Bosnischer Kroat	Schuldeingeständnis wegen Unkenntnis ungültig und erneute Aufforderung zur Äußerung zur Anklage.
05.03.1998	Dražen Erdemović	Pilica Farm	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (5 Jahre)
16.11.1998	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić ▪ Hazim Delić ▪ Esad Landžo ▪ Zejnil Delalić 	Lager Čelebići	Bosnische Kroaten / Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić: Freiheitsstrafe (7 Jahre) ▪ Hazim Delić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Esad Landžo: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Zejnil Delalić: Freispruch
10.12.1998	Anto Furundžija	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
25.06.1999	Zlatko Aleksovski	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (2,5 Jahre)
15.07.1999	Duško Tadić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
11.11.1999	Duško Tadić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Neun weiterer Anklagepunkte schuldig gesprochen.
14.12.1999	Goran Jelisić	Brčko	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (40 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
14.01.2000	<ul style="list-style-type: none"> • Drago Josipović • Vladimir Šantić • Zoran Kupreškić • Mirjan Kupreškić • Vlatko Kupreškić • Dragan Papić 	Lašva-Tal	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> • Drago Josipović: Freiheitsstrafe (15 Jahre) • Vladimir Šantić: Freiheitsstrafe (25 Jahre) • Zoran Kupreškić: Freiheitsstrafe (10 Jahre) • Mirjan Kupreškić: Freiheitsstrafe (8 Jahre) • Vlatko Kupreškić: Freiheitsstrafe (6 Jahre) • Dragan Papić: Freispruch
26.01.2000	Duško Tadić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
03.03.2000	Tihomir Blaškić	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (45 Jahre)
24.03.2000	Zlatko Aleksovski	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (7 Jahre)
21.07.2000	Anto Furundžija	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
20.02.2001	<ul style="list-style-type: none"> • Zdravko Mucić • Hazim Delić • Esad Landžo • Zejnil Delalić 	Lager Čelebići	Bosnische Kroaten / Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> • Zdravko Mucić: Verweis des Urteils an die Strafkammer für mögliche Anpassung • Hazim Delić: Verweis des Urteils an die Strafkammer für mögliche Anpassung • Esad Landžo: Verweis des Urteils an die Strafkammer für mögliche Anpassung • Zejnil Delalić: Freispruch
22.02.2001	<ul style="list-style-type: none"> • Dragoljub Kunarac • Radomir Kovač • Zoran Vuković 	Foča	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> • Dragoljub Kunarac: Freiheitsstrafe (28 Jahre) • Radomir Kovač: Freiheitsstrafe (20 Jahre) • Zoran Vuković: Freiheitsstrafe (12 Jahre)
26.02.2001	<ul style="list-style-type: none"> • Dario Kordić • Mario Čerkez 	Lašva-Tal	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> • Dario Kordić: Freiheitsstrafe (25 Jahre) • Mario Čerkez: Freiheitsstrafe (15 Jahre)
05.07.2001	Goran Jelisić	Brčko	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (40 Jahre)
31.07.2001	Stevan Todorović	Bosanski Šamac	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
02.08.2001	Radislav Krstić	Srebrenica-Drina Corps	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (46 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
09.10.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić ▪ Hazim Delić ▪ Esad Landžo ▪ Zejnil Delalić 	Lager Čelebići	Bosnische Kroaten / Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić: Freiheitsstrafe (9 Jahre) ▪ Hazim Delić: Freiheitsstrafe (18 Jahre) ▪ Esad Landžo: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Zejnil Delalić: Freispruch
23.10.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Drago Josipović ▪ Vladimir Šantić ▪ Zoran Kupreškić ▪ Mirjan Kupreškić ▪ Vlatko Kupreškić ▪ Dragan Papić 	Lašva-Tal	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Drago Josipović: Freiheitsstrafe (12 Jahre) ▪ Vladimir Šantić: Freiheitsstrafe (18 Jahre) ▪ Zoran Kupreškić: Freispruch ▪ Mirjan Kupreškić: Freispruch ▪ Vlatko Kupreškić: Freispruch ▪ Dragan Papić: Freispruch
02.11.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Miroslav Kvočka ▪ Dragoljub Prcać ▪ Milojica Kos ▪ Mlađo Radić ▪ Zoran Žigić 	Omarska, Keraterm und Lager Trnopolje	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Miroslav Kvočka: Freiheitsstrafe (7 Jahre) ▪ Dragoljub Prcać: Freiheitsstrafe (5 Jahre) ▪ Milojica Kos: Freiheitsstrafe (6 Jahre) ▪ Mlađo Radić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Zoran Žigić: Freiheitsstrafe (25 Jahre)
13.11.2001	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Duško Sikirica ▪ Damir Došen ▪ Dragan Koundžija 	Lager Keraterm	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Duško Sikirica: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Damir Došen: Freiheitsstrafe (5 Jahre) ▪ Dragan Koundžija: Freiheitsstrafe (3 Jahre)
15.03.2002	Milorad Krnojelac	Foča	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (7,5 Jahre)
12.06.2002	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dragoljub Kunarac ▪ Radomir Kovač ▪ Zoran Vuković 	Foča	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dragoljub Kunarac: Freiheitsstrafe (28 Jahre) ▪ Radomir Kovač: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Zoran Vuković: Freiheitsstrafe (12 Jahre)
17.10.2002	Milan Simić	Bosanski Šamac	Serbe	Freiheitsstrafe (5 Jahre)
29.11.2002	Mitar Vasiljević	Višegrad	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
27.02.2003	Biljana Plavšić	Bosnien und Herze- gowina	Bosnische Serbin	Freiheitsstrafe (11 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
31.03.2003	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mladen Naletilić ▪ Vinko Martinović 	Tuta und Štela	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mladen Naletilić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Vinko Martinović: Freiheitsstrafe (18 Jahre)
08.04.2003	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić ▪ Hazim Delić ▪ Esad Landžo ▪ Zejnil Delalić 	Lager Čelebići	Bosnische Kroaten / Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zdravko Mucić: Freiheitsstrafe (9 Jahre) ▪ Hazim Delić: Freiheitsstrafe (18 Jahre) ▪ Esad Landžo: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Zejnil Delalić: Freispruch
31.07.2003	Milimir Stakić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (lebenslänglich)
17.09.2003	Milorad Krnojelac	Foča	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (15 Jahre)
17.10.2003	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Blagoje Simić ▪ Miroslav Tadić ▪ Simo Zarić 	Bosanski Šamac	Serben / Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Blagoje Simić: Freiheitsstrafe (17 Jahre) ▪ Miroslav Tadić: Freiheitsstrafe (8 Jahre) ▪ Simo Zarić: Freiheitsstrafe (6 Jahre)
28.10.2003	Predrag Banović		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (8 Jahre)
02.12.2003	Momir Nikolić	Srebrenica	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (27 Jahre)
05.12.2003	Stanislav Galić		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
10.12.2003	Dragan Obrenović	Srebrenica	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (17 Jahre)
18.12.2003	Dragan Nikolić		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (23 Jahre)
25.02.2004	Mitar Vasiljević	Višegrad	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (15 Jahre)
11.03.2004	Ranko Češić	Brčko	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (18 Jahre)
18.03.2004	Miodrag Jokić	Dubrovnik	Serbe	Freiheitsstrafe (7 Jahre)
30.03.2004	Miroslav Deronjić	Glogova	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
31.03.2004	Darko Mrđa	Vlašić-Gebirge	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (17 Jahre)
19.04.2004	Radislav Krstić	Srebrenica-Drina Corps	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (35 Jahre)
29.06.2004	Milan Babić	RSK	Kroatischer Serbe	Freiheitsstrafe (13 Jahre)
29.07.2004	Tihomir Blaškić	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (9 Jahre)
01.09.2004	Radoslav Brđanin	Krajina	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (32 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
17.12.2004	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dario Kordić ▪ Mario Čerkez 	Lašva-Tal	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dario Kordić: Freiheitsstrafe (25 Jahre) ▪ Mario Čerkez: Freiheitsstrafe (6 Jahre)
17.01.2005	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vidoje Blagojević ▪ Dragan Jokić 		Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vidoje Blagojević: Freiheitsstrafe (18 Jahre) ▪ Dragan Jokić: Freiheitsstrafe (9 Jahre)
31.01.2005	Pavle Strugar	Dubrovnik	Montenegriner	Freiheitsstrafe (8 Jahre)
04.02.2005	Dragan Nikolić		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
28.02.2005	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Miroslav Kvočka ▪ Dragoljub Prcać ▪ Milojica Kos ▪ Mlađo Radić ▪ Zoran Žigić 	Omarska, Lager Keraterm und Lager Trnopolje	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Miroslav Kvočka: Freiheitsstrafe (7 Jahre) ▪ Dragoljub Prcać: Freiheitsstrafe (5 Jahre) ▪ Milojica Kos: Freiheitsstrafe (6 Jahre) ▪ Mlađo Radić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Zoran Žigić: Freiheitsstrafe (25 Jahre)
18.07.2005	Milan Babić	RSK	Kroatischer Serbe	Freiheitsstrafe (13 Jahre)
20.07.2005	Miroslav Deronjić	Glogova	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (10 Jahre)
30.08.2005	Miodrag Jokić	Dubrovnik	Serbe	Freiheitsstrafe (7 Jahre)
16.11.2005	Sefer Halilović	Grabovica-Uzdol	Bosniake	Freispruch
30.11.2005	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fatmir Limaj ▪ Isak Musliu ▪ Haradin Bala 		Kosovo-Albaner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fatmir Limaj: Freispruch ▪ Isak Musliu: Freispruch ▪ Haradin Bala: Freiheitsstrafe (13 Jahre)
07.12.2005	Miroslav Bralo	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
08.03.2006	Momir Nikolić	Srebrenica	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
15.03.2006	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Enver Hadžihanović ▪ Amir Kubura 	Zentral-bosnien	Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Enver Hadžihanović: Freiheitsstrafe (5 Jahre) ▪ Amir Kubura: Freiheitsstrafe (2,5 Jahre)
22.03.2006	Milomir Stakić	Prijedor	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (40 Jahre)
03.05.2006	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mladen Naletilić ▪ Vinko Martinović 	Tuta und Šteta	Bosnische Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mladen Naletilić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Vinko Martinović: Freiheitsstrafe (18 Jahre)
08.05.2006	Ivica Rajić	Stupni Do	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (12 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
30.06.2006	Naser Orić		Bosniake	Freiheitsstrafe (2 Jahre)
27.09.2006	Momčilo Krajišnik	Bosnien und Herzegowina		Freiheitsstrafe (27 Jahre)
28.11.2006	<ul style="list-style-type: none"> • Blagoje Simić • Miroslav Tadić • Simo Zarić 	Bosanski Šamac	Serben / Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> • Blagoje Simić: Freiheitsstrafe (15 Jahre) • Miroslav Tadić: Freiheitsstrafe (8 Jahre) • Simo Zarić: Freiheitsstrafe (6 Jahre)
30.11.2006	Stanislav Galić		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (lebenslänglich)
02.04.2007	Miroslav Bralo	Lašva-Tal	Bosnischer Kroat	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
03.04.2007	Radoslav Brđanin	Krajina	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (30 Jahre)
04.04.2007	Dragan Zelenović	Foča	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (15 Jahre)
09.05.2007	<ul style="list-style-type: none"> • Vidoje Blagojević • Dragan Jokić 		Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> • Vidoje Blagojević: Freiheitsstrafe (15 Jahre) • Dragan Jokić: Freiheitsstrafe (9 Jahre)
12.06.2007	Milan Martić	RSK	Kroatischer Serbe	Freiheitsstrafe (35 Jahre)
27.09.2007	<ul style="list-style-type: none"> • Fatmir Limaj • Isak Musliu • Haradin Bala 		Kosovo-Albaner	<ul style="list-style-type: none"> • Fatmir Limaj: Freispruch • Isak Musliu: Freispruch • Haradin Bala: Freiheitsstrafe (13 Jahre)
27.09.2007	<ul style="list-style-type: none"> • Mile Mrkšić • Miroslav Radić • Veselin Šljivančanin 	Krankenhaus Vukovar	Kroatische Serben / Serben	<ul style="list-style-type: none"> • Mile Mrkšić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) • Miroslav Radić: Freispruch • Veselin Šljivančanin: Freiheitsstrafe (5 Jahre)
16.10.2007	Sefer Halilović	Grabovica-Uzdol	Bosniake	Freispruch
31.10.2007	Dragan Zelenović	Foča	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (15 Jahre)
12.12.2007	Dragomir Milošević	Sarajevo	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (33 Jahre)
03.04.2008	<ul style="list-style-type: none"> • Ramush Haradinaj • Idriz Balaj • Lahi Brahimaj 		Kosovo-Albaner	<ul style="list-style-type: none"> • Ramush Haradinaj: Freispruch • Idriz Balaj: Freispruch • Lahi Brahimaj: Freiheitsstrafe (6 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
22.04.2008	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Enver Hadžihasanović ▪ Amir Kubura 	Zentral-bosnien	Bosniaken	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Enver Hadžihasanović: Freiheitsstrafe (3,5 Jahre) ▪ Amir Kubura: Freiheitsstrafe (2 Jahre)
03.07.2008	Naser Orić		Bosniake	Freispruch
10.07.2008	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ljube Boškosi ▪ Johan Tarčulovski 		Mazedonier	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ljube Boškosi: Freispruch ▪ Johan Tarčulovski: Freiheitsstrafe (12 Jahre)
17.07.2008	Pavle Strugar	Dubrovnik	Montenegriner	Freiheitsstrafe (7,5 Jahre)
15.09.2008	Rasim Delić		Bosniake	Freiheitsstrafe (3 Jahre)
08.10.2008	Milan Martić	RSK	Kroatischer Serbe	Freiheitsstrafe (35 Jahre)
26.02.2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Milutinović ▪ Nikola Šainović ▪ Dragoljub Ojdanić ▪ Nebojša Pavković ▪ Vladimir Lazarević ▪ Sreten Lukić 		Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Milutinović: Freispruch ▪ Nikola Šainović: Freiheitsstrafe (22 Jahre) ▪ Dragoljub Ojdanić: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Nebojša Pavković: Freiheitsstrafe (22 Jahre) ▪ Vladimir Lazarević: Freiheitsstrafe (15 Jahre) ▪ Sreten Lukić: Freiheitsstrafe (22 Jahre)
01.03.2009	Momčilo Krajisnik		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (20 Jahre)
05.05.2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mile Mrkšić ▪ Veselin Šljivančanin 	Krankenhaus Vukovar	Kroatischer Serbe / Montenegriner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mile Mrkšić: Freiheitsstrafe (20 Jahre) ▪ Veselin Šljivančanin: Freiheitsstrafe (17 Jahre)
20.07.2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Lukić ▪ Sredoje Lukić 	Višegrad	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Lukić: Freiheitsstrafe (lebenslänglich) ▪ Sredoje Lukić: Freiheitsstrafe (30 Jahre)
12.11.2009	Dragomir Milošević	Sarajevo	Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (29 Jahre)
19.05.2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ljube Boškosi ▪ Johan Tarčulovski 		Mazedonier	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ljube Boškosi: Freispruch ▪ Johan Tarčulovski: Freiheitsstrafe (12 Jahre)

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
10.06.2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vujadin Popović ▪ Ljubiša Beara ▪ Drago Nikolić ▪ Ljubomir Borovčanin ▪ Radivoje Miletić ▪ Milan Gvero ▪ Vinko Pandurević 	Srebrenica	Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vujadin Popović: Freiheitsstrafe (lebenslanglich) ▪ Ljubiša Beara: Freiheitsstrafe (lebenslanglich) ▪ Drago Nikolić: Freiheitsstrafe (35 Jahre) ▪ Ljubomir Borovčanin: Freiheitsstrafe (17 Jahre) ▪ Radivoje Miletić: Freiheitsstrafe (19 Jahre) ▪ Milan Gvero: Freiheitsstrafe (5 Jahre) ▪ Vinko Pandurević: Freiheitsstrafe (13 Jahre)
29.06.2010	Rasim Delić		Bosniake	Freiheitsstrafe (3 Jahre) (Angeklagter † vor Haftantritt)
21.07.2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ramush Haradinaj ▪ Idriz Balaj ▪ Lahi Brahimaj 		Kosovo-Albaner	(Teilweise Wiederaufnahme des Verfahrens für alle angeordnet) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Lahi Brahimaj: Freiheitsstrafe (6 Jahre) bestätigt
08.12.2010	Veselin Šljivančanin		Montenegriner	Freiheitsstrafe (10 Jahre) (Überprüfung des Urteils durch die Berufungskammer)
23.02.2011	Vlastimir Đorđević		Serbe	Freiheitsstrafe (27 Jahre)
15.04.2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ante Gotovina ▪ Mladen Markač ▪ Ivan Čermak 		Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ante Gotovina: Freiheitsstrafe (24 Jahre) ▪ Mladen Markač: Freiheitsstrafe (18 Jahre) ▪ Ivan Čermak: Freispruch
06.09.2011	Momčilo Perišić		Serbe	Freiheitsstrafe (27 Jahre)
16.11.2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ante Gotovina ▪ Mladen Markač 		Kroaten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ante Gotovina: Freispruch ▪ Mladen Markač: Freispruch
29.11.2012	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ramush Haradinaj ▪ Idriz Balaj ▪ Lahi Brahimaj 		Kosovo-Albaner	(Wiederaufnahme des Verfahrens in bestimmten Teilen der Anklage) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ramush Haradinaj: Freispruch ▪ Idriz Balaj: Freispruch ▪ Lahi Brahimaj: Freispruch

Datum	Angeklagte	Fall	Ethnie	Urteil (Haftdauer)
04.12.2012	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Lukić ▪ Sredoje Lukić 		Bosnische Serben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Milan Lukić: Freiheitsstrafe (lebenslänglich) ▪ Sredoje Lukić: Freiheitsstrafe (27 Jahre)
12.12.2012	Zdravko Tolimir		Bosnischer Serbe	Freiheitsstrafe (lebenslänglich)
28.02.2013	Momčilo Perišić		Serbe	Freispruch

Quelle: ICTY, <http://icty.org/sid/10095> [18.03.2013],
eigene Darstellung.